

Frederike Neißkenwirth

»Die Europa-Union wird Avantgarde bleiben«

Transnationale Zusammenarbeit in
der niederländischen und deutschen
Europabewegung (1945–1958)

WAXMANN

NIEDERLANDE-STUDIEN

Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse

[15]

Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Deutschland und die Niederlande im Vergleich

herausgegeben von

Christiane Frantz, Lut Missinne,
Lisa Terfrüchte, Friso Wielenga,
Markus Wilp und Annette Zimmer

Band 15

Frederike Neißkenwirth

„Die Europa-Union wird Avantgarde bleiben“

Transnationale Zusammenarbeit
in der niederländischen und deutschen
Europabewegung (1945–1958)



Waxmann 2016
Münster • New York

D6

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich, Band 15

ISSN 1868-3002

Print-ISBN 978-3-8309-3411-0

E-Book-ISBN 978-3-8309-8411-5

© Waxmann Verlag GmbH, Münster 2016
Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

www.waxmann.com
info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Pleßmann Design, Ascheberg
Satz: Sven Solterbeck, Münster
Druck: CPI books GmbH, Leck

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier,
säurefrei gemäß ISO 9706



Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.
Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des
Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung
elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Frühjahr 2015 als Dissertation von der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen. Das Thema ist im Arbeitszusammenhang des Graduiertenkollegs „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich“ am Zentrum für Niederlande-Studien entstanden, an dem ich als assoziiertes Mitglied mitforschen durfte.

Danken möchte ich allen, die mich bei dieser Arbeit unterstützt und angeregt haben. Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Friso Wielenga (Münster), der meine Dissertation mit viel Einsatz und Geduld betreut hat. Seine fundierte und detaillierte Kritik hat mich immer wieder motiviert, genauer hinzusehen. Seine Veröffentlichungen beweisen, dass man auch als Historiker lesenswert und mitreißend schreiben kann. Das war vorbildlich für mich. Außerdem hat er es möglich gemacht, dass ich als Mitarbeiterin in dem zukunftsweisenden Onlineprojekt NiederlandeNet sowohl die deutsch-niederländische Gesellschaftspolitik als auch das alltägliche Zusammenleben der beiden Nachbarländer kennenlernen konnte. Nicht zuletzt hat diese „europäische“ Aufgabe in einem Drittmittelprojekt den Weg zu meiner heutigen Tätigkeit als EU-Referentin der HafenCity Universität Hamburg bereitet.

Ebenso danken möchte ich meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Duco Hellema (Utrecht), der gerade wegen seiner Skepsis den Europaföderalisten gegenüber genau die richtigen, herausfordernden Fragen gestellt hat, um diese Arbeit zum Erfolg zu führen.

Meinen Kolleginnen und Kollegen in Münster und Hamburg bin ich für ihre Geduld mit meinem Langzeitprojekt zu Dank verpflichtet. Ebenso danken möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Archive und Bibliotheken, in denen ich gearbeitet habe.

Meinen lieben „Gasteltern“ in Den Haag – Fien und Peter Glasz – danke ich für ihre herzliche Gastfreundschaft. Die Montagskonferenz mit Tim war eine Konstante, die bei manchem Zweifel geholfen hat. Ohne mein treues Korrekturteam, bestehend aus meiner Mutter, meiner Tante und meiner Schwester wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ihnen und meinem Mann kann ich gar nicht genug danken für ihre liebevolle Unterstützung.

Inhalt

I.	Einleitung	9
1.1	Der Weg zu einem geeinten Europa – Historischer Kontext	11
1.2	Zivilgesellschaft für Europa – Untersuchungsgegenstand	22
1.3	Transferanalyse in zivilgesellschaftlichen Netzwerken – Methode	32
1.4	Avantgarde für Europa – Forschungsstand, Fragestellung und Periodisierung	37
II.	Hoffnung Europa (1945–1947)	45
2.1	Hoffnung auf eine friedliche Zukunft	47
2.2	Die europaföderalistische Idee im Widerstand	56
2.3	Die Gründung des Dachverbands der Europaföderalisten	73
2.4	Die niederländischen Europaföderalisten	78
2.5	Die Europaföderalisten in den deutschen Besatzungszonen	101
2.6	Die Europaideen in der Gründungsphase der Europaföderalistenbewegung	123
2.7	Fazit	137
III.	Europa-Euphorie (1948–1950)	141
3.1	Unterschiedliche Wege zum geeinten Europa	143
3.2	Höhepunkt und Weichenstellung: Der Europa-Kongress in Den Haag	155
3.3	Katerstimmung bei den Europaföderalisten	176
3.4	Wünsche und Wirklichkeit: Die europäische Einigung beginnt	187
3.5	Fazit	212
IV.	Europa-Realität (1950–1958)	215
4.1	Supranationale Anfänge	216
4.2	Europa: jetzt oder nie!	234
4.3	Der Schock des Scheiterns	261
4.4	Die Relance européenne und die pragmatische Neuausrichtung der Europaföderalisten	305
4.5	Fazit	343
V.	Wir werden Avantgarde bleiben – Schlussbetrachtung	347
	Quellen und Literatur	359
	Abkürzungen	372
	Abbildungen	374

I. Einleitung

„Die Europa-Union wird Avantgarde bleiben.“¹ Dieser Ausspruch des Publizisten und späteren Präsidenten des westdeutschen Europaföderalistenverbandes Ernst Friedlaender ist in Bezug auf die Fünfzigerjahre charakteristisch für die Entwicklung der Europaföderalistenbewegung. Zunächst nahmen die zivilgesellschaftlichen Europaverbände durch ihre, im eigenen Selbstverständnis „revolutionäre“, Ausrichtung die Rolle der Avantgarde ein. „Zu Beginn hatte man mehr vor Augen als nur Reglements für den Absatzmarkt und andere wirtschaftliche Vereinbarungen“, schrieb passend dazu der an den Anfängen der niederländischen Europaföderalistenbewegung maßgeblich beteiligte Alfred Mozer rückblickend. Die europäische Einheit sei „mehr als alle noch so wichtigen Wirtschaftsregeln“, sie verlange nach einem politischen Zusammenschluss.²

Das Fehlen einer politischen Integration tritt auch noch im Europa des 21. Jahrhunderts angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise als Defizit deutlich hervor. In seinem Essay „Zur Verfassung Europas“ kritisierte der Philosoph Jürgen Habermas 2011 die ständige Wiederholung eines alten Fehlers: „Rechtlich unverbindliche Verabredungen im Kreise der Regierungschefs sind entweder wirkungslos oder undemokratisch und müssen daher durch eine demokratisch unbedenkliche Institutionalisierung gemeinsamer Entscheidungen ersetzt werden.“³ Der niederländische Historiker Ton Nijhuis beschreibt das Problem so: „Die demokratische Legitimität der EU ist und bleibt ein Thema, das Kopfschmerzen bereitet. Es sind zwar alle davon überzeugt, dass es für die europäische Integration von Vorteil ist, wenn die Zusammenarbeit sich weiter demokratisiert, aber niemand scheint zu wissen, wie dies in die Tat umzusetzen ist.“⁴

Die Weichenstellung für das heute vielfach kritisierte Demokratiedefizit der Europäischen Union erfolgte bereits bei den ersten konkreten Maßnahmen zur europäischen Integration. Die vorliegende Arbeit bewegt sich in diesem Zeitraum. Die Europaföderalistenbewegung, die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit „aus der Idee des Widerstands“ gegründet hatte, verfolgte mit der Forderung nach der Schaffung der bundesstaatlich verfassten „Vereinten Staaten von Europa“ ei-

1 *Protokoll des II. Jahreskongress der Europa-Union am 9. und 10. Dezember 1950 in Köln/Rhein, Ernst Friedlaender: Resolutionen*, Archiv der sozialen Demokratie, Bestand Europa-Union, I. Kongresse, 1A.

2 A. MOZER, *Europa in 1976*, in: A. MOZER-EBBINGE/R. COHEN (Hrsg.), *Alfred Mozer: ‚Gastarbeiter‘ in Europa*, Zutphen 1980, S. 109–123, hier S. 120.

3 J. HABERMAS, *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Bonn 2012, S. 41.

4 T. NIJHUIS, *Europäisches Projekt: über die Chancen und Hindernisse einer europäischen Zivilgesellschaft als Ziel europäischer Politik*, in: CHR. FRANTZ/H. KOLB (Hrsg.), *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*, Münster u. a. 2009, S. 61–74, hier S. 61.

nes der weitestgehenden politischen Integrationskonzepte.⁵ Im Verlauf der Fünfzigerjahre sollte sich aber zeigen, dass die mangelnde Fähigkeit der Bewegung, auf realpolitische Entscheidungen tatsächlichen Einfluss zu nehmen, sie zu einem Verharren in der Position eines Mahners des Fortschritts in der demokratischen Legitimierung der europäischen Einigung zwang. Am Ende der Fünfzigerjahre hatte die Europaföderalistenbewegung keinen wirklichen europapolitischen Handlungsspielraum (mehr). War sie als zivilgesellschaftliche Avantgarde ihrer Zeit voraus oder scheiterten die Europa-Aktivisten an ihrer überzogenen Realitätsferne?

Aus heutiger Sicht ist hier die Frage nach dem Entstehen einer europäischen Zivilgesellschaft „als Maßstab für die Realisierbarkeit einer integrierten europäischen Gesellschaft“ von hoher Relevanz.⁶ Festzuhalten ist, dass die geschichts- und politikwissenschaftliche Europaforschung ein anhaltend starkes Interesse am Konzept der europäischen Zivilgesellschaft aufweist. Die vorliegende Studie liefert einen Baustein für die Erforschung der europäischen Zivilgesellschaft, indem sie am Beispiel der Europaföderalistenbewegung in den Niederlanden und in der Bundesrepublik die Rolle der Zivilgesellschaft während der ersten Phase der europäischen Einigung (1945–1958) untersucht.

Eine zutreffende Beschreibung der komplexen Situation liefert als Zeitgenosse und Beteiligter der Publizist und Europaaktivist Eugen Kogon, der es vermochte, bereits 1949 in wenigen kurzen Sätzen alle Probleme der europäischen Einigungsbewegung aufzuzeigen, die in der vorliegenden Studie detailliert aufgearbeitet werden. Seine Worte sind hier als Einstimmung zu verstehen:

„Die auf das eine Ziel: die Einigung Europas, gerichteten Kräfte waren – und sind – sehr verschiedenartig, Einheit – ja; aber was für eine Einheit? Der Kapitalisten, der Reaktionäre, der Konservativen mit den Sozialisten, den Fortschrittlern, den Linksliberalen? Mit oder ohne Osteuropa (auf Ziel)? Durch Blockpolitik oder in Etappen? In der alten Art der Bündnis-systeme oder als echte Föderation, mit Übertragung von Hoheitsrechten der Nationalstaaten auf gemeinsame europäische Bundesorgane? Nur durch die Regierungen oder in unmittelbarer Ausführung des Völkerwillens? Unionismus pur et simple oder integraler Föderalismus als Revolu-

5 Die zutreffende Charakterisierung der Entstehung aus der Idee des Widerstandes prägte vor allem der Historiker und Publizist Frank Niess. Vgl. F. NIESS, *Die europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstands*, Frankfurt/Main 2001.

6 D. GOSEWINKEL, *Zivilgesellschaft*, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hrsg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010, <http://www.ieg-ego.eu/gosewinkeld-2010-de> URN:urn:nbn:de:0159–20101025104, zuletzt abgerufen am 24. Juli 2014. Vgl. weiterführend auch: M. KNODT/B. FINKE, *Einleitung: Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union*, in: DIES. (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden 2005, S. 11–31, hier S. 11. Zur Frage nach der Rolle der (europäischen) Zivilgesellschaft siehe ausführlich Abschnitt 1.2 und 1.3.

tion aus dem Chaos zu einer neuen gesellschaftlichen, nicht bloß formal politischen Ordnung? Nur wer unseren Kontinent nicht kennt und nicht die Unübersichtlichkeit reifwerdender geschichtlicher Vorgänge von größtem Ausmaß, könnte darüber verwundert sein, dass die verschiedenen Einigungsbewegungen von vornherein nicht einig waren. So ist das Leben, so ist die Politik [...].“⁷

1.1 Der Weg zu einem geeinten Europa – Historischer Kontext

Die Hoffnung auf ein friedliches und geeintes Europa ist weitaus älter als das 20. Jahrhundert. Der geografische Begriff Europa existierte bereits in der Antike und die Selbstbezeichnung Europäer konnte erstmals für das 8. Jahrhundert nachgewiesen werden.⁸ Und doch bedurfte es scheinbar zweier Weltkriege und einer bis dahin unerreichten Zerstörung des Kontinents, um den europäischen Einigungsprozess maßgeblich voranzutreiben. Die Voraussetzungen, mit denen die Niederlande und das besiegte Deutschland den Herausforderungen einer europäischen Einigung begegneten, waren freilich nach dem Ende des Krieges sehr unterschiedlich.

„Ist Europa etwas Reales oder etwas Imaginiertes?“ fragt der Historiker Wolfgang Schmale, der hier stellvertretend für viele Historiker sowie Kultur- und Politikwissenschaftler zitiert wird, die sich mit der Suche nach einer europäischen Identität und einem europäischen Bewusstsein auseinandersetzen. Fest steht, dass es nicht *die eine* europäische Identität, nicht *das eine* europäische Bewusstsein gibt. Europa bildet geografisch wie historisch eher einen kulturellen Referenzraum als ein klar abgrenzbares Ganzes. Laut Schmale dienen die vielfach anwendbaren kulturellen Referenzen „der Begründung von Zukunftsplänen, wie wir sie in Bezug auf Europa seit Jahrhunderten kennen“ sowie „der raumübergreifenden Kommunikation und Verständigung oder der raumübergreifenden Kontroverse“.⁹

7 E. KOGON, *Der Internationale Rat der Europäischen Bewegung*, in: *Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik*, hrsg. v. E. Kogon/W. Dirks, 4 (1949) Heft 3, http://www.cvce.eu/obj/„eugen_kogon_der_internationale_rat_der_europaischen_bewegung“_in_frankfurter_hefte_marz_1949-de-d5255a6b-bf10-475a-972a-78c8d61915e2.html, zuletzt abgerufen am 24. Juli 2014.

8 Vgl. U. FREVERT, *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 2003, S. 28. Vgl. auch den sehr lesenswerten Beitrag der Historikerinnen Ute Frevert und Magrit Pernau über den „weiblichen“ Mythos Europa, der im Laufe der Geschichte männlich konnotiert wurde. Vgl. U. FREVERT/M. PERNAU, *Europa ist eine Frau: jung und aus Kleinasien*, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2009, <http://www.europa.clío-online.de/2009/Article=401>, zuletzt abgerufen am 20. Juli 2014.

9 W. SCHMALE, *Europa: Kulturelle Referenz – Zitatensystem – Wertesystem*, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. vom Institut für Europäische Ge-

Der Kulturwissenschaftler Wolfgang Kaschuba spricht hier von kollektivem Wissen aus dem im Laufe der Zeit ein europäisches Gedächtnis entstanden ist, das sowohl „integrative europäische Horizonte wie distinktive und auf nationale Differenz angelegte Teilansichten“ enthält, bei denen das Eigene und das Fremde einem ständigen Aushandlungsprozess unterworfen sind.¹⁰

Motive, die in der historischen Entwicklung des Kontinents immer wieder als gemeinschaftsstiftende Referenzen angeführt wurden, sind die gemeinsamen Wurzeln in der klassischen Antike, das im Mittelalter entstandene, christlich geprägte Feudalsystem, die aggressive europäische Expansion in Form von Kolonialismus und Imperialismus, die Aufklärungsbewegung mit der Emanzipation des Bürgertums sowie der technische Fortschritt der Industrialisierung, der die Voraussetzung für die Entwicklung des europäischen Kapitalismus schuf.¹¹ Diese unzulängliche, weil grob verallgemeinernde und unvollständige Aufzählung macht schon die Schwierigkeit bei dem Versuch deutlich, für Europa als Ganzes zu sprechen. Die genannten Phänomene waren unterschiedlich stark in den verschiedenen Regionen Europas ausgeprägt. Haben sie sich daher auch unterschiedlich stark auf das Bewusstsein der Menschen ausgewirkt? Konnte dennoch aus ihnen ein europäisches Bewusstsein erwachsen, das die Grundlage für eine (politische) Einigung des europäischen Kontinents legte? Diese Fragen konnten bislang nicht eindeutig von der Forschung beantwortet werden. Es bedarf wohl noch einer Vielzahl von Einzelstudien, die nach und nach ein Gesamtbild liefern könnten. Als Konstante ist jedoch die Wiederkehr bestimmter „europäischer“ Motive in Politik, Kultur und Wissenschaft zu beobachten, aus denen in verschiedenen Epochen die Idee eines vereinten Europas abgeleitet wurde.¹² Berechtigt scheint in diesem Zusammenhang der Hinweis des Sozialhistorikers Hartmut Kaelble, der die Tendenz kritisiert, bei der referenziellen Aufzählungen identitätsstiftender Phänomene lange Kontinuitäten übertrieben stark herauszustellen und zugleich Zäsuren und Ungleichzeitigkeiten nur eine geringe Bedeutung zuzumessen.¹³

schichte (IEG), Mainz 2010, <http://www.ieg-ego.eu/schmalew-2010-de> URN: urn:nbn:de:0159-20100921657, zuletzt abgerufen am 20. Juli 2014.

- 10 W. KASCHUBA, *Identität und Differenz. Ein europäisches Spiel*, in: R. HOHLS/I. SCHRÖDER/H. SIEGRIST (Hrsg.), *Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte*, Stuttgart 2005, S. 189–192, hier S. 191.
- 11 Einen komprimierten Überblick liefert u. a. Bernhard Giesen, der allerdings m. E. die Ökonomie vernachlässigt. Vgl. B. GIESEN, *Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive*, in: H. KAEUBLE/M. KIRSCH/A. SCHMIDT-GERNIG (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 2002, S. 67–84, hier S. 71 ff.
- 12 Für einen kurzen, aber gut recherchierten Überblick vgl. U. FREVERT, *Eurovisionen*, S. 28 ff.
- 13 H. KAEUBLE, *Europabewusstsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen*, in: DERS./R. HUDEMANN/K. SCHWABE (Hrsg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert, Bewusstsein und Institutionen*, München 1995, S. 1–30, hier S. 1.

Das Aufkommen des Nationalsozialismus sowie die Verwerfungen des Krieges und der Besetzung, die den europäischen Kontinent verwüstet zurückließen, führten nach 1945 zu einer bisher nicht dagewesenen Hochkonjunktur eines starken, symbolischen Einigungsmotivs: dem Wunsch nach einer dauerhaften Friedenssicherung in Europa, die auf der Einhaltung von universal gültigen Menschenrechten basieren sollte. Daraus entstand eine neue Komponente der kollektiven Identität Europas, eines gemeinsamen Erinnerungsraumes, der zusätzlich ein konkretes Handeln für das Zusammenwachsen Europa anmahnte. Die Akteure der Europäischen Bewegung leiteten daraus die Forderung nach der Einigung Europas durch die Überwindung des Systems der Nationalstaaten ab, das in ihren Augen nicht länger ein ausgewogenes, friedliches und stabiles Miteinander in Europa garantieren konnte.

Die Geschichte der Europäischen Einigungsbewegung ist bisher vor allem anhand der politischen Europaideen geschrieben worden.¹⁴ Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur Kontextualisierung der Europäischen Bewegung am Beispiel der niederländischen und deutschen Europaföderalisten im Prozess der beginnenden europäischen Einigung nach 1945 liefern. Gerade die Anfangszeit nach dem Ende des Krieges ist geprägt von einer „komplizierten Bewusstseinslage“, in der sich die Forderungen nach der Errichtung eines föderalistischen Bundesstaates in Europa mit den Konzepten des personalen Sozialismus und den Vorstellungen der Dritten Kraft eines neutralen Europas zwischen den Weltmächten mischten.¹⁵ Umso wichtiger ist es, den realpolitischen Rahmen in einem ausreichenden Maße zu berücksichtigen und auf eine mögliche Differenz zwischen den Zukunftsvorstellungen der Europaföderalisten und ihren tatsächlichen Einflussmöglichkeiten auf den Prozess der europäischen Einigung hinzuweisen.

Welche Bestimmungsfaktoren prägten demnach in den Niederlanden und in Deutschland die Anfangsphase der europäischen Integration vom Ende des Krieges 1945 bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957? Den größten Einfluss auf das Nachkriegseuropa hatten zweifelsohne die neuen globalen machtpolitischen Verhältnisse, die durch die Bipolarität des Ost-West-Konflikts entstanden waren.

Die Sieger des Zweiten Weltkrieges standen sich 1945 im völlig zerstörten Europa gegenüber. Der Krieg hatte nicht nur das nationalsozialistische Deutschland vernichtet. Er hatte auch die alte Hegemonialstellung der europäischen Mächte in der Welt beendet.¹⁶ Die Zukunft des Kontinents wurde von nun an von den

14 Vgl. dazu ausführlich die Darstellung des aktuellen Forschungsstands in Abschnitt 1.4.

15 P. KRÜGER, *Europabewusstsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: H. KÄELBLE/R. HUDEMANN/K. SCHWABE (Hrsg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert, Bewusstsein und Institutionen*, München 1995, S. 31–54, hier S. 48.

16 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Ost-West, Nord-Süd. Weltpolitische Betrachtungen zur deutschen Teilungsepoche*, in: H. HOCKERTS (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 1–28, hier S. 18 f.

beiden neuen Weltmächten, den USA und der Sowjetunion, und somit von außen bestimmt.¹⁷ Das gemeinsame Ziel, der Kampf gegen Hitler, hatte die weltanschaulich entgegengesetzten Staaten zu Verbündeten gemacht. In der Frage der Nachkriegsordnung für Europa prallten nun jedoch die Ansprüche der USA und der Sowjetunion in einem unvereinbaren, ideologisch aufgeladenen Gegensatz aufeinander.¹⁸ Die Bereitschaft zu einer Einigung, wohlmöglich noch unter Einbezug des besiegten Deutschlands, war bei den Regierungsverantwortlichen der europäischen Nationalstaaten zunächst nicht vorhanden. Insbesondere Großbritannien, das seine Vormachtstellung in der Welt durch das Empire gesichert sah, und Frankreich, das sich weiterhin als „Grande Nation“ verstand, beanspruchten eine nationale Führungsrolle auf europäischer und globaler Ebene. Angesichts der großen Verluste, die der Krieg mit sich gebracht hatte, waren sie aber faktisch von der militärischen und wirtschaftlichen Präsenz der USA in Europa abhängig. Die Nachkriegseuropa- bzw. Außenpolitik der Niederlande und der 1949 zunächst nur mit begrenzter staatlicher Souveränität ausgestatten, als westdeutscher Teilstaat gegründeten Bundesrepublik waren zugleich von den Auswirkungen des Krieges wie von den neuen Bestimmungsfaktoren des Ost-West-Konflikt geprägt.

Die niederländische Nachkriegspolitik war vor allem durch die Erkenntnis der Notwendigkeit bestimmt, die traditionelle Neutralitätspolitik aufzugeben, die den deutschen Überfall 1940 nicht hatte verhindern können. Innerhalb der ersten Nachkriegsjahre erwuchs daher die Bereitschaft, sich auf außenpolitische Bündnisse einzulassen.¹⁹ Mit der Teilnahme am Brüsseler Abkommen und der Mitgliedschaft in der NATO legten sich die Niederlande eindeutig auf die Zusammenarbeit im westlichen Sicherheitsbündnis mit den USA als Garantiemacht fest.

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit spielte die Dekolonialisierung eine bedeutende Rolle in der niederländischen Außenpolitik. Der Historiker Duco Hellema weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Niederländer zunächst davon ausgingen, ihr kolonialer Vorkriegsbesitz würde selbstverständlich

17 Vgl. J. DÜLFER, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1990*, München 2004, S. 22.

18 Vgl. T. JUDT, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2005, S. 156 ff.

19 Vgl. J. VOORHOEVE, *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Leiden 1985, S. 180 ff. Das bereits während des Krieges 1944 geschlossene Benelux-Abkommen wurde lange als Vorbild für die weiteren Schritte der europäischen Integration gewertet, mittlerweile ist diese Einschätzung umstritten, da es sich dabei doch wohl eher um „eine intergouvernementale Vereinbarung über die Zusammenarbeit in Teilgebieten der Wirtschaftspolitik, als einen ernstzunehmenden Vorläufer der EEG“ handelte. Unumstritten ist jedoch die definitive Abkehr von der traditionellen Neutralitätspolitik, A. HARRYVAN, *Tussen Vorbeeld en Schrikbeeld. De doorwerking van Benelux-ervaringen in de Europese integratie-politiek van Nederland en België, 1948–1958*, in: E. BLOMEN (Hrsg.), *Het Benelux-effect. België, Nederland en Luxemburg en de Europese Integratie, 1945–1957*, Amsterdam 1992, hier S. 169–191, S. 171. Vgl. dazu auch: J. HERMANS/A. HARRYVAN/J. VAN DER HARST (Hrsg.), *Uitgerkend Europa. Geschiedenis van de Europese integratie*, Amsterdam 2004⁴, S. 29 ff.

wiederhergestellt werden. Der endgültige Verlust der Kolonien führte neben den ökonomischen Nachteilen auch dazu, dass die Niederlande ihr Selbstverständnis über ihr außenpolitisches Gewicht in der Welt- und Europapolitik neu definieren mussten.²⁰

Als wichtigster Grund für eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene kann der niederländische Wunsch nach einem kollektiven Sicherheitssystem angeführt werden. Leitend war hier die Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit mit den Alliierten die beste Garantie für die Sicherheit Westeuropas erbringen würde. Ein Sicherheitsbündnis mit den anderen westeuropäischen Staaten mit einer direkten Einbindung der USA sollte zunächst den Schutz der Niederlande vor einer erneuten deutschen Aggression sichern. Durch die Zuspitzung des Ost-West-Konflikts verlagerte sich das Sicherheitsbedürfnis auf die Sowjetunion.²¹

Ein weiterer, ebenso wichtiger Faktor war die Abhängigkeit der niederländischen Wirtschaft von der europäischen Zusammenarbeit. Auf den deutschen Markt als Abnehmer der niederländischen Exportwaren konnte nicht verzichtet werden. Daher hatte die Exilregierung in London noch während des Krieges „die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland zu einem Eckpfeiler der Nachkriegspolitik gemacht“. Die Niederlande drangen „explizit auf eine deutsche wirtschaftliche Gesundung im Rahmen des europäischen Wiederaufbaus und der Zusammenarbeit“.²² Das Verhältnis zu Deutschland war also einerseits von Ressentiments gegen die ehemalige Besatzungsmacht und andererseits von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geprägt. Die Einstellung gegenüber Deutschland kann folglich als sehr ambivalent charakterisiert werden. Der Historiker Friso Wielenga stellt heraus, dass die Niederlande nur geringen Einfluss auf die Deutschlandpolitik der Westalliierten ausüben konnten.²³ Notge-

20 Vgl. D. HELLEMA, *Buitenlandse Politiek van Nederland. De Nederlandse Rol in de Wereldpolitiek*, Utrecht 2006³, S. 118 u. S. 133 ff. Friso Wielenga vertritt die These, dass das 20. Jahrhundert in den Niederlanden, anders als in vielen anderen europäischen Staaten, nicht von tiefen Zäsuren geprägt war. Vgl. F. WIELENGA, *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, S. 251 ff. Der vorsichtige Wandel der Außenpolitik, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und in Folge der Dekolonialisierung einsetzte, kann dementsprechend hier als eine deutliche Neuausrichtung eingestuft werden, auf die in den folgenden Kapiteln der Studie detaillierter eingegangen wird.

21 Vgl. J. VOORHOEVE: *Peace*, S. 103 und A. E. KERSTEN, *Die niederländische Europapolitik 1945–1955*, in: J. BOSMAN (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlande und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1996, S. 101–123, hier S. 113.

22 F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000, S. 30 f. Vgl. auch F. WIELENGA, *Niederland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 2010, S. 191 ff. und F. WIELENGA, *Geschichte der Niederlande*, Stuttgart 2012, S. 386 ff.

23 F. WIELENGA, *West-Duitsland: Partner uit noodzaak. Nederland en de Bondesrepubliek 1949–1955*, Utrecht 1989, S. 37.

drungen mussten sie sich daher mit den Entscheidungen der Siegermächte über die Zukunft Deutschlands arrangieren. Die Möglichkeit eines neutralen Deutschlands zwischen den Machtblöcken wurde vehement abgelehnt. Die Gefahr, dass Deutschland in den Einflussbereich der Sowjetunion geraten könnte, wurde als zu groß erachtet. Die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis hatte daher für die Niederlande Priorität. Dabei sollte Westdeutschland als gleichberechtigter Partner in die westliche Zusammenarbeit eingebunden werden. Diese Art der „positiven Integration“ sollte gleichzeitig Sicherheit durch Kontrolle ermöglichen und das Potenzial der Bundesrepublik, beispielsweise als Handelspartner, für den Westen nutzbar machen.²⁴

Dem Historiker Albert Kersten zufolge war die niederländische Regierung zunächst „zu sehr mit dem Wiederaufbau in Beschlag genommen, um in intra-europäischen Beratungen über das bilaterale Niveau hinauszuwachsen“.²⁵ Als Ausgangspunkt für die aktive Mitarbeit an der Realisierung der europäischen Zusammenarbeit kann die amerikanische Wirtschaftshilfe im Rahmen des Marshallplans gelten. Die gemeinsame Erarbeitung eines westeuropäischen Plans für den Wiederaufbau leitete einen Prozess ein, an dem auch die niederländische Regierung aktiv teilnahm.

Heftige Kontroversen löste die Frage nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag aus. Anhand der Beratungen über den 1950 vorgelegten Plevin-Plan zur Schaffung einer Europaarmee wurde die atlantische Ausrichtung der niederländischen Außen- und Europapolitik besonders deutlich. Eine dauerhafte Einbeziehung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in die europäische Sicherheitsordnung hielt die niederländische Regierung für unerlässlich. Der Ausschluss Großbritanniens aus der europäischen Einigungspolitik war mit dem Selbstverständnis der niederländischen Europapolitik unvereinbar. Eine Hegemonialstellung Frankreichs auf dem Kontinent sollte unter allen Umständen verhindert werden. Die Befürwortung der Einbindung der Bundesrepublik in das atlantische Verteidigungsbündnis ergab sich als logische Konsequenz daraus.²⁶

Nach der bedingungslosen Kapitulation lag alle Entscheidungsgewalt über die Zukunft Deutschlands bei den Besatzungsmächten. Das gemeinsame Vorgehen der vier Besatzungsmächte wurde im Angesicht des sich stetig verschärfenden Ost-West-Konflikts schnell beendet. Mit der Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen in die Finanzhilfe des Marshallplans zeichnete sich die begin-

24 Ebd., S. 187 ff.

25 A. E. KERSTEN: *Europapolitik*, S. 109.

26 Vgl. D. HELLEMA: *Buitenlandse Politiek*, S. 164 f. Ausführlich zu der niederländischen Haltung zur EVG vgl. F. WIELENGA, *Die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Überlegungen und Ziele der niederländischen und deutschen Sicherheitspolitik 1950–1954*, in: J. BOSMAN (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlande und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1996, S. 213–235.

nende deutsche Teilung ab, die 1949 zur „doppelten Staatsgründung“ führte.²⁷ Unter der Führung der USA, die auf Grund ihrer politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit bald zur „Schutzmacht“ Europas aufstiegen, vollzog sich nach dem Historiker und Publizisten Peter Bender eine „Umkehrung der Bündnisse“.²⁸ Nicht mehr die Sicherheit vor Deutschland, sondern die Sicherheit vor dem ehemaligen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg, der Sowjetunion, hatte Vorrang. Zur Verteidigung der westlichen Welt gegen die Sowjetunion sollte nun auch Westdeutschland einen Beitrag liefern. Hinzu kam, dass eine Teilung langfristig die Sicherheit vor einem neutralen deutschen Staat und die Beschränkung des deutschen Machtpotenzials garantierte. Die Konsequenz aus der deutschen Teilung war die politische, ökonomische und auch die militärische Integration des westdeutschen Teilstaates in das westliche Bündnissystem. Mit der Westintegration erreichte die Bundesrepublik die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen durch die Besatzungsherrschaft. Die staatliche Souveränität erlangte der westdeutsche Teilstaat aber erst endgültig 1955 mit dem Beitritt zur NATO.²⁹

Die Anfänge der Außen- und Europapolitik der Bundesrepublik waren dementsprechend durch die engen Vorgaben der Besatzungsmächte bestimmt. Die Verfolgung des Kurses der westeuropäischen Integration ist vor allem mit der Person des Bundeskanzlers Adenauer verbunden. Einerseits sollten alle Maßnahmen unterlassen werden, die zur Vertiefung der deutschen Teilung führen könnten. Gleichzeitig versuchte man, den außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern. Adenauer verfolgte bei dieser komplizierten Ausgangslage einen Kurs der konsequenten Westbindung, die sowohl militärische Sicherheit im Rahmen des atlantischen Verteidigungsbündnisses und wirtschaftlichen Wohlstand als auch ein gewisses Maß an Selbstbestimmung versprach. Diese Ziele sollten gleichsam durch die Orientierung an der europäischen und an der atlantischen Gemeinschaft erreicht werden.³⁰

27 CHR. KLESSMANN, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1991⁵.

28 P. BENDER, *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschlands*, München 1997³, S. 70 ff.

29 Vgl. H. VOGT, *Wächter der Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955*, Paderborn 2004, S. 133 f. Zur Blockintegration der beiden deutschen Staaten siehe ausführlich CHR. KLESSMANN, *Staatsgründung*, S. 208 ff. Vgl. auch: U. LAPPENKÜPER, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, München 2008 und J. SCHOLTYSECK, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003.

30 Für diese Haltung ist Adenauer, insbesondere von der SPD, stark kritisiert worden. Vgl. H. A. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1933–1990*, Bonn 2005, S. 142 ff. Vgl. L. HERBST, *Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik*, in: DERS. ET AL. (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990, S. 3–18; vgl. H. P. SCHWARZ, *Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers*, in: R. MORSEY/K. REPGEN (Hrsg.), *Adenauer-Studien I*, Mainz 1971, hier S. 71–108, S. 86.

Nach dem in der Öffentlichkeit stark beachteten Bekenntnis vieler Politiker und Personen des öffentlichen Lebens zur Einigung Europas auf dem Kongress in Den Haag im Mai 1948 und der daraufhin mit großen Erwartungen erfolgten Gründung des Europarats, glaubten viele Zeitgenossen, die Schaffung eines geeinten Europas, möglicherweise sogar in Form eines europäischen Bundesstaates, stünde unmittelbar bevor. Der letztlich weichenstellende Beginn der europäischen Einigung war aber, anders als es sich die Europaföderalisten vorgestellt und gewünscht hatten, alles andere als ein großer symbolischer Gründungsakt. Vielmehr war der, nach dem französischen Außenminister Robert Schuman benannte, im Mai 1950 vorgelegte Plan zur Schaffung einer europäischen Montanunion von realpolitischen Sachzwängen geprägt und außerordentlich pragmatisch. Er bildete den Ausgangspunkt für den Prozess der westeuropäischen, sektoralen Integration, deren erste Phase Ende der Fünfzigerjahre abgeschlossen war. Im Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie sind die unmittelbare Nachkriegszeit (1945–1950) sowie diese drei Integrationsphasen relevant: die Schaffung der Montanunion (1950–1951), die letztlich gescheiterten Bemühungen um die Europaarmee (1950–1954) und die Gründung des europäischen Marktes (1955–1958).

Wie brachte sich die Zivilgesellschaft in den beginnenden europäischen Einigungsprozess ein? Bereits verborgen im Widerstand und später begleitet von einem großen öffentlichen Interesse in der unmittelbaren Nachkriegszeit wandten sich viele Menschen der Idee eines vereinten Europas zu. In ihr drückte sich angesichts des Elends und der Zerstörung des Krieges eine tief empfundene Friedenssehnsucht aus. Das System der Nationalstaaten bot offensichtlich keine Lösung für das Miteinander auf dem dicht besiedelten Kontinent. Es entstand das Gefühl einer einmaligen historischen Chance, eines Augenblicks, in dem endlich eine andere Zukunft für Europa möglich schien. Dies war der Moment der Mobilisierung für die Europaidee, der zur Gründung der Europabewegung führte.

Wichtig ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich in der Anfangsphase der europäischen Integration keineswegs um eine teleologische Entwicklung handelte. Die Erfolgsaussichten sowohl für das Zustandekommen als auch die Ausgestaltung eines Zusammenschlusses auf europäischer Ebene waren nach dem Ende des Krieges vollkommen unklar. Die aus der Rückschau betrachtete erstaunlich erfolgreiche Entwicklung war für die Zeitgenossen keineswegs absehbar.

Folgende Grundsatzfragen sind im gesamten Untersuchungszeitraum in den Niederlanden und in Deutschland, aber auch in den anderen (west-)europäischen Staaten immer wieder in den politischen und zivilgesellschaftlichen Lagern kontrovers diskutiert worden: Inwiefern könnte das besiegte Deutschland in ein europäisches Bündnis eingebunden werden und gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten ausreichend berücksichtigt werden? Welcher Ansatz sollte gewählt werden, der Weg der sektoralen Teilintegration oder ein ganzheitlicher Integrationsansatz? Sollte bei einer ganzheitlichen Integration als erstes eine Verfassung erarbeitet werden oder wäre eine sukzessive Entwicklung sinnvoller? Sollte eine gesamteuropäische Einigung angestrebt werden oder sollten sich nur

die demokratisch regierten Staaten in Westeuropa zusammenschließen? Welche Rolle könnte Großbritannien bei der europäischen Einigung spielen? Sollte der künftige Zusammenschluss durch die Übertragung von nationalstaatlicher Souveränität auf eine supranationale europäische Ebene entstehen oder eher als Föderation der europäischen Nationalstaaten als Staatenbund?³¹

Die sich wiederholenden Motive für die europäische Einigung waren nach dem Krieg, wie bereits erwähnt, die Suche nach einer dauerhaften Friedenssicherung auf dem Kontinent und damit verbunden sowohl die Sicherheit vor einem wiedererstarkenden deutschen Reich als auch ein Schutz vor der zunehmend als Bedrohung empfundenen Sowjetunion. Außerdem waren die Notwendigkeit der Schaffung von größeren Wirtschaftsräumen sowie der Wunsch, ein Gegengewicht zu den bipolaren Machtblöcken im Ost-West-Konflikt zu bilden, Antriebskräfte, die den Weg zur europäischen Einigung ermöglichten.³²

Die zivilgesellschaftliche Europabewegung gründete sich in der Nachkriegszeit aus der Idee des Widerstands. Noch während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden spontan und häufig unabhängig voneinander in vielen europäischen Staaten Europagruppen. Ihre zentrale Gemeinsamkeit lag in der thematischen Beschäftigung mit einer dauerhaft friedlichen Zukunft Europas. In ihrer Arbeitsweise, politischen Ausrichtung und Mitgliederstruktur waren sie äußerst heterogen. Der europaweite formale Zusammenschluss zur „Europäischen Bewegung“ im Oktober 1948 war schließlich der Versuch, das

31 Einen prägnanten Überblick liefert H. KÄELBLE, *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*, Bonn 2001, S. 42 ff. Laut dem Historiker Matthias Schulz ist „[e]ine neue Generation von Historikerinnen und Historikern [...] dabei, vielversprechende kulturgeschichtliche und historisch-sozialwissenschaftliche Zugänge auf die internationale Geschichte zu entwickeln.“ M. SCHULZ, *Netzwerke und Normen in der internationalen Geschichte. Überlegungen zur Einführung*, in: *historicum.net* (2004), http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/3993/ (zuletzt abgerufen 19.07.2014). Insbesondere der digitale Zugang zu Quellensammlungen und der Austausch auf Wissenschaftsforen spielt dabei in letzter Zeit eine zunehmend wichtige Rolle. Vgl. K. K. PATEL, *Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 59 (2011) Heft 3, S. 331–352. Siehe auch die folgenden Onlineportale mit Bezug zur (europäischen) Zeitgeschichte (Auswahl): *Docupedia Zeitgeschichte. Begriffe, Methoden, Debatten der zeithistorischen Forschung*, hrsg. von J. BABEROWSKI et al., www.docupedia.de; *Themenportal europäische Geschichte. Clio online*, R. HOHLS (Projektleiter), Humboldt-Universität zu Berlin, www.europa.clio-online.de; *EGO | Europäische Geschichte Online*, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz, I. DINGEL/J. PAULMANN (Hrsg.), <http://ieg-ego.eu>; *Onlineplattform des Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe (CVCE)*, M. BACKES (Direktorin), <http://www.cvce.eu>.

32 W. LOTH, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt/Main 2014, S. 10 ff.

Potenzial der Gruppen zu bündeln, die sich bis dahin in verschiedenen nationalen und übernationalen Dachverbänden organisiert hatten.³³

Die Europabewegung war, anders als ihr Name suggeriert, eher ein weit gefächertes Netz von Gruppen, Vereinen und Verbänden, als eine streng gegliederte Organisation. Der Begriff Europabewegung wird in der Regel aber nicht nur für den Zusammenschluss der Dachverbände verwandt. Er steht vielmehr zusammenfassend für „ein frühes Beispiel transnationaler sozialer Bewegungen“.³⁴ Damit beschreibt auch Kaelble die Europabewegung als ein Phänomen, das seiner Zeit voraus ist: also als eine Avantgarde für die Einigung Europas.

Die Europaföderalisten machten einen wichtigen, wenn nicht sogar den entscheidenden Teil der Europabewegung aus. Mit ihrer Forderung nach der (sofortigen) Schaffung eines europäischen Bundesstaates vertraten sie im Vergleich zu anderen Europagruppen die weitestgehenden Integrationskonzepte. Damit polarisierten sie und riefen teilweise stark ablehnende Reaktionen hervor. Aufgrund ihres hohen Organisationsgrades sowie ihrer vielfach über einen langen Zeitraum hinweg konstant engagierten Mitglieder waren sie in der Öffentlichkeit präsent. Sie konnten somit, vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, die Europadiskurse mit essenziellen Europakonzepten bereichern. Ihre vergleichsweise hohe Konstanz im Bereich des zivilgesellschaftlichen Europaengagements insbesondere in den Niederlanden und in Deutschland begründet die Auswahl der Europaföderalisten als Untersuchungsgegenstand für die vorliegende Arbeit. Die gemeinsame Intention der Anhänger des Föderalismus war die Suche nach einem stabilen politischen System, das einen dauerhaften Frieden sicherte und autoritäre Herrschaft verhinderte. Dabei versuchten die meisten Ansätze eine Vision für das menschliche Zusammenleben im Einzelnen, für die Verfasstheit des staatlichen Systems und für die Überwindung des Nationalstaates durch die Übertragung von staatlicher Souveränität auf eine supranationale Ebene zu entwickeln.³⁵

33 Vgl. ebda, S. 221 ff. An dieser Stelle sei noch einmal darauf verwiesen, dass in der vorliegenden Untersuchung zwischen der Organisation „Europäische Bewegung“ als Dachverband aller Europagruppen und der „Europabewegung“ als zivilgesellschaftliches Phänomen unterschieden wird. Bei den zeitgenössischen Quellen ist diese Unterscheidung nicht immer präzise vorgenommen worden.

34 H. KAEUBLE, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, Bonn 2007, S. 303.

35 Die Historikerin Vanessa Conze charakterisiert den Föderalismus als „das politische Leitwort schlechthin“ und als „eine der entscheidenden Theorieströmungen“ der Nachkriegszeit. V. CONZE, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005, S. 294. Siehe auch N. KOHLHASE, *Henry Brugmans: His contribution to federalist thought and action*, in: A. BOSCO (Hrsg.), *The federal idea. The history of federalism since 1945*, Band 2, London/New York 1992, S. 207–217; L. ROEMHELD, *Integraler Föderalismus – Modell für Europa. Ein Weg zur personalen Gruppengesellschaft*, Band 1: *Geschichtliche Entwicklung*, München 1977, S. 196; F. KINSKY, *La méthodologie fédéraliste et l'Europe*, in: DERS/F. KNIPPING (Hrsg.), *Le fédéralisme personnaliste aux sources de l'Europe de demain*, Baden-Baden 1996, S. 225–231, hier S. 229.

Auch andere Europagruppen wie beispielsweise die Unionisten, die die Schaffung eines europäischen Bundesstaates befürworteten, finden in der Darstellung Berücksichtigung, allerdings nur zu den Zeitpunkten, an denen sie mit den niederländischen und deutschen Europaföderalisten in Interaktion traten, wie es beispielsweise im Vorfeld des Kongresses von Den Haag der Fall war. Diese Arbeit erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, ein vollständiges Bild aller im Rahmen der Europabewegung aktiven Gruppierungen in den Niederlanden und in Deutschland zu zeichnen. Allein ihre Vielzahl und ihre häufig zu beobachtende Unbeständigkeit schließen ein derartiges Vorhaben nahezu aus bzw. würden nur einen sehr verallgemeinernden Blick zulassen.³⁶ Dies gilt ebenso für die Europakonzepte der politischen Parteien im Exil und in der Nachkriegszeit, die hier dem Bereich des Staates und damit nicht der Zivilgesellschaft zugeordnet werden.³⁷

In den Niederlanden schlossen sich die bereits während des Krieges gegründete Gruppe „Europese Actie“ (EA) und die unmittelbar nach dem Krieg entstandene „Europese Federative Beweging“ (EFB) am 4. Oktober 1947 zur „Beweging van Europese Federalisten“ (BEF) zusammen. Die BEF wurde zum nationalen niederländischen Mitgliederverband des übernationalen europäischen Dachverbandes, der „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF). In den westlichen deutschen Besatzungszonen formierten sich in Anlehnung an die gleichnamige schweizerische Gruppe die „Europa-Union“ und die „Europäische Aktion“, die sich an der niederländischen „Europese Actie“ orientierte. Hier entstand eine regelrechte Konkurrenz um die europäische Idee unter den Gruppierungen. 1947 erfolgte nach langwierigen Verhandlungen der Zusammenschluss unter dem Namen „Europa Union“.³⁸

Die Entwicklung der niederländischen und der westdeutschen Europaföderalistenbewegung war durch eine enge transnationale Zusammenarbeit der Verbände und durch ein hohes Maß an persönlicher Vernetzung der Mitglieder geprägt. Nachweisbar beeinflussten sich die beiden Europaverbände gegenseitig in ihrer Entwicklung, wobei insbesondere die Hilfestellung der niederländischen Föderalisten beim Aufbau der westdeutschen Europaverbände hervorzuheben

36 Walter Lipgens verfolgte in seiner umfangreichen Monografie den Ansatz, alle Gruppierungen der Europabewegung in den jeweiligen zeitlichen Abschnitten zu vergleichen und miteinander in Beziehung zu setzen. Aufgrund der Vielzahl der Organisationen und der häufig zu beobachtenden Unbeständigkeit der vieler Europagruppen wird die Darstellung schnell unübersichtlich. Vgl. W. LIPGENS, *Anfänge*.

37 Häufig wird die durch Graf Coudenhove-Kalergi gegründete Europagruppe „Paneuropa-Union“ dem erweiterten Kreis der europaföderalistischen Gruppen zugeordnet. Die Historikerin Vanessa Conze konnte allerdings durch ihre aufwändige Archivarbeit herausstellen, dass es sich, anders als häufig suggeriert, bei der Paneuropa-Union „mehr oder weniger um eine Ein-Mann-Aktion“ von Coudenhove-Kalergi gehandelt hat. Daher findet Coudenhove-Kalergi und sein Europaengagement in der vorliegenden Studie lediglich Beachtung, wenn er mit den untersuchten Europaföderalistenverbänden in Interaktion tritt. V. CONZE, *Europa*, S. 15 f.

38 Vgl. W. LIPGENS, *Anfänge*, S. 386 ff. u. 586 ff.

ist.³⁹ Dies ist insofern beachtenswert, als dass die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Engagement in den beiden Ländern kurz nach Ende des Krieges unterschiedlicher kaum sein konnten. Die bundesdeutsche Zivilgesellschaft entstand „aus einer extrem unzivilen Vorgeschichte heraus“.⁴⁰ In den Niederlanden hingegen wurde das demokratische Staats- und Gesellschaftssystem nach der Zeit der deutschen Besatzung weitgehend restauriert.⁴¹ Insbesondere die Bereitschaft der niederländischen Europaaktivisten, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, zeigt auf ganz praktische, handlungsorientierte Weise das große versöhnende und friedensstiftende Potenzial der Europaidee.

Die niederländischen und deutschen Europaföderalistenverbände strebten zu keinem Zeitpunkt die Gründung einer politischen Partei an. Sie wollten „als überparteiliche und überkonfessionelle Organisation[en]“ den Einigungsprozess unabhängig von der tagesaktuellen Parteipolitik vorantreiben.⁴² Unabhängig von den Nationalstaaten sollte eine breite, transnationale Massenorganisation die europäische Einigung von der Basis der Zivilgesellschaft aus herbeiführen. Diesem Ansatz lag ein großes Maß an Idealismus und eine äußerst positive Einschätzung von demokratischen Gesellschaften zugrunde, die nach Auffassung der Europaföderalisten in der Lage wären, unabhängig von den jeweiligen Nationalstaaten zu agieren.

Ein derartig normativer Anspruch ist charakteristisch für zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse. Im nächsten Abschnitt erfolgt eine Annäherung an das Feld der Zivilgesellschaftsforschung, die sich auch mit der normativen Komponente zivilgesellschaftlicher Arbeit auseinandersetzt.

1.2 Zivilgesellschaft für Europa – Untersuchungsgegenstand

Die Europaföderalistenbewegung wurde durch einen verbandsförmigen Zusammenschluss von Gruppen gebildet, die im heutigen Sprachgebrauch als „Nicht-regierungsorganisationen“ oder – mittlerweile noch gängiger aufgrund der englischen Abkürzung von Non-governmental organization – als „NGO“ bezeichnet werden. Um ihre Distanz zum Staat auszudrücken, beschrieben sich die Europaföderalisten selbst als „private“ Vereinigungen. Beispielsweise wollte die deut-

39 Insbesondere wegen ihrer engen Verflechtungen stellen die niederländische und die westdeutsche Europaföderalistenbewegung ein lohnendes Untersuchungsfeld dar.

40 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen*, in: DERS./M. HILDEMEIER/CHR. CONRAD (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chance*, Frankfurt 2000, hier S. 13–40, S. 33.

41 Vgl. F. WIELENGA, *Politik*, S. 251 ff.

42 *Hauptsatzung der Europa-Union, § 2: Weg und Methode, Fassung vom 10. Dezember 1950*, festgehalten im Protokoll des II. Jahreskongress der Europa-Union am 9. und 10. Dezember 1950 in Köln, Archiv der sozialen Demokratie, Bestand Europa-Union, I. Kongresse, Mappe 1A.

sche Europa-Union „als politischer Verband ohne parteipolitische Bindung in der Breite, vorzugsweise im vorparlamentarischen Raum“ arbeiten.⁴³ Dieser Bereich wird mit dem nicht immer leicht zu fassenden Begriff der Zivilgesellschaft beschrieben. An diesen sollen im Folgenden zunächst eine Annäherung sowie eine Operationalisierung für das Forschungsthema der Europaföderalistenbewegung erfolgen.

Der Historiker Peter van Dam bringt es komprimiert und treffend auf den Punkt, wenn er konstatiert: „Der Begriff Zivilgesellschaft ist so beliebt wie umstritten“.⁴⁴ Die Beliebtheit ist in einer Hochkonjunktur der Verwendung des Begriffs in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in der Wissenschaft, in der Politik und den Medien als auch bei den als zivilgesellschaftlich klassifizierten Akteuren selbst festzustellen. Als eine Erklärung hierfür führt die Politikwissenschaftlerin Christiane Frantz an: „Das Konzept der Zivilgesellschaft scheint auf die globalen, europäischen und nationalen Herausforderungen eine Antwort zu bieten.“⁴⁵ Der Zivilgesellschaft wird hier ein explizit positiver Einfluss auf die Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens zugeschrieben. Damit einher geht eine normative Aufladung des Begriffs. Zu beobachten ist, dass die inhärent normative Komponente der Funktionen und Potenziale der Zivilgesellschaft je nach Standpunkt stark unterschiedlich definiert wurde und wird. Beispielsweise verweist der niederländische Geisteswissenschaftler Govert Buijs darauf, dass der Begriff der Zivilgesellschaft sowohl im linken wie auch im rechten politischen Spektrum verwandt, allerdings sehr unterschiedlich interpretiert wird.⁴⁶ Gleichzeitig konnte sich keine einheitliche wissenschaftliche Definition des Phänomens durchsetzen.⁴⁷ Dies führte zu der anhaltenden Kontroverse um die Praktikabilität des Ansatzes der Zivilgesellschaftsforschung für die Forschung. Umstritten ist das Konzept also, weil ihm vorgeworfen wird, es sei als wissenschaftliche Kategorie zu unscharf und durch die normative Komponente allzu leicht zu instrumentalisieren.

Für die Geschichtswissenschaft haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem die Sozialhistoriker Jürgen Kocka und Dieter Gosewinkel auch in Zusammenarbeit mit dem Soziologen Dieter Rucht und weiteren Geistes- und Sozial-

43 X. *Ordentlicher Kongress der Europa-Union Deutschland*, Archiv der sozialen Demokratie, Bestand Europa-Union, I. Kongresse, 5B, 1958.

44 P. VAN DAM, *Religion und Zivilgesellschaft. Christliche Traditionen in der niederländischen und deutschen Arbeiterbewegung (1945–1980)*, Münster 2010, S. 12.

45 CHR. FRANTZ, *Einleitung. Transnationale Zivilgesellschaft in Europa – Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*, in: DIES./H. KOLB (Hrsg.), *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*, Münster 2009, hier S. 9–17, S. 9.

46 G. BUIJS, *Civil society. De herontdekking van de vrije associaties*, in: DERS./P. DEKKER/M. HOOGHE, (Hrsg.), *Civil society: tussen oud en nieuw*, Amsterdam 2009, hier S. 21–43, S. 24.

47 A. ZIMMER, *Vereine – Zivilgesellschaft konkret*, Wiesbaden 2007², S. 204.

wissenschaftlern am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, das Konzept der Zivilgesellschaft für die sozialgeschichtliche Forschung praktikabel zu machen.

Kocka plädiert dafür, sich zunächst die Geschichte des Begriffs zu vergegenwärtigen, was im Rahmen dieser Arbeit allerdings nur cursorisch erfolgen kann.⁴⁸ Der als „societas civilis“ ins Lateinische übertragene Begriff wurde von Aristoteles zur Beschreibung der Bürgergemeinde in der griechischen Polis verwendet.⁴⁹ Der deutsche Begriff geht auf eine Übersetzung der älteren französischen und englischen Ausdrücke „société civile“ und „civil society“ zurück.⁵⁰ Deren heutiges Verständnis entstand durch die in der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts vorgenommene Interpretation von „Zivilisierung als Emanzipation“.⁵¹

Die so erfolgte Bewusstseinsbildung des Bürgertums führte zur explizit positiven Konnotation des Begriffs, der nun eher dazu verwandt wurde, einen idealen Status zu beschreiben und sich folglich von der Wirklichkeit zu distanzieren. Die einflussreichen Staats- und Gesellschaftstheoretiker der Aufklärung wie Hobbes, Locke und Montesquieu, um hier nur eine Auswahl zu nennen, haben sich mit der Weiterentwicklung des Begriffs beschäftigt.⁵² Laut Kocka wurde das Konzept der Zivilgesellschaft so zum „Bewegungs- und Zielbegriff“ der „antitraditional, antiständisch, aufklärerisch-modern, utopisch“ war.⁵³ Damit erhielt er die Funktion, eine kritische Distanz zum Staat auszudrücken. So entstand ein „anti-absolutistischer Kampfbegriff“, der das Ziel des mündigen Bürgers propa-

48 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft in historischer Perspektive*, in: *Forschungsjournal NSB* 16 (2003) Heft 2, S. 29–38, hier S. 29.

49 F. ADLOFF, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt/Main/New York 2005, S. 17.

50 Zu den semantischen Variationen des Begriffs vgl. den Beitrag D. COLAS, *Civil society. A historical and conceptual approach*, in: D. GOSEWINKEL/S. REICHARDT, *Ambivalenzen der Zivilgesellschaft: Gegenbegriffe, Gewalt und Macht*, WZB Discussion Paper SP IV 2004–501, Berlin 2004, S. 14–25, <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2004/iv04-501.pdf>, zuletzt abgerufen am 16.08.2014.

51 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung*, in: DERS. ET.AL., *Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*, WZB Discussion Paper P01–801, Berlin, 2001, S. 4–22, hier S. 7, <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2001/p01-801.pdf>, zuletzt abgerufen am 12.08.2014. Vgl. auch: D. GOSEWINKEL, *Zivilgesellschaft – Eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her*, WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2003–505, Berlin 2003.

52 Für einen fundierten Überblick über die Begriffsgeschichte siehe F. ADLOFF, *Zivilgesellschaft*.

53 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Konzept*, S. 7. Zur Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit im 18. und 19. Jahrhundert vgl. die grundlegende Studie von J. HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zur Kategorie der bürgerlichen Moderne*, Neuwied am Rhein 1971⁵, S. 28 ff.

gierte.⁵⁴ In Anlehnung dessen und auf der Grundlage seiner Beobachtungen des demokratischen Systems der USA formulierte Tocqueville in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die These, dass freiwillige Zusammenschlüsse, etwa in Assoziationen und Vereinen, Voraussetzung für die aktive und dauerhafte Ausgestaltung der Demokratie seien.⁵⁵

Der im Laufe des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck der Industrialisierung vor allem durch Hegel und Marx geprägte Begriff der bürgerlichen Gesellschaft (Hegel) sowie der Bourgeoisie bzw. bürgerlich-kapitalistischen Klasse (Marx) integrierte den Bereich der Wirtschaft in das Konzept. Auch hier wurden die bestehenden Verhältnisse kritisiert; allerdings erhielt der Begriff zunehmend eine negativ besetzte polemisch-pejorative Zuschreibung.⁵⁶

Die heutige Wiederbelebung des positiv besetzten Begriffs der Zivilgesellschaft ist bezeichnenderweise auf dessen Verwendung seit den 1970er Jahren in den sich vom kommunistischen System abgrenzenden Bürgerbewegungen in Osteuropa sowie in den sozialen Bewegungen Lateinamerikas zurückzuführen.⁵⁷ Parallel dazu hat das Konzept der Zivilgesellschaft in den europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften und im öffentlichen Diskurs einen bis heute anhaltenden starken Aufschwung erlebt.⁵⁸ Dabei enthält der Begriff in nahezu allen Verwendungszusammenhängen sowohl eine deskriptiv-analytische als auch eine normative Bedeutungsebene. Abhängig von der jeweils situativ zugeschriebenen Funktion des Begriffes ist die eine oder die andere Zuschreibung stärker ausgeprägt.

Festzuhalten ist, dass sich in der Hinwendung zum Phänomen der Zivilgesellschaft das Bedürfnis ausdrückt, sich mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu beschäftigen, die sich nicht primär auf staatliche Institutionen als handelnde Akteure fokussieren. Vielmehr richtet sich das Interesse auf die Interaktionen im öffentlichen Bereich der Gesellschaft und damit jenseits von Staat und Markt.

Die aktuell gängigen Definitionen für den Begriff der Zivilgesellschaft setzen auf zwei unterschiedlichen Ebenen an. Zum einen wird bereichslogisch argumentiert. Demnach konstituiert sich Zivilgesellschaft in der gesellschaftlichen Sphäre, die sich in dem Bereich zwischen Staat, Markt und der Privatsphäre befindet. Kennzeichnend ist hier das Moment der Selbstorganisation der auf freiwilliger Basis entstehenden Vereinigungen. Die handlungslogisch argumentierenden An-

54 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Problem*, S. 15.

55 Vgl. F. ADLOFF, *Zivilgesellschaft*, S. 39; A. ZIMMER, *Vereine*, S. 67.

56 Vgl. F. ADLOFF, *Zivilgesellschaft*, S. 31 ff. Zur Demokratisierung im 19. Jahrhundert durch die Arbeiterbewegung sowie deren Gegenteil seit den 1870er Jahren im Nationalismus insbesondere des Bürgertums der sich in Xenophobie, Rassismus und Antisemitismus äußerte vgl. J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Konzept*, S. 17 ff.

57 Vgl. J. COHN/A. ARATO, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge 1997, S. 15.

58 Zur den Konjunkturen und aktuellen Forschungsdesideraten der Zivilgesellschaftsforschung vgl. A. ZIMMER/R. SIMSA, *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis?* Wiesbaden 2014.

sätze richten ihren Fokus zum anderen auf eine bestimmte Form der Interaktion innerhalb der Sphäre der Zivilgesellschaft. Diese ist geprägt von bestimmten Normen und Werten, die sich an dem Gemeinwohl orientieren und als demokratiefördernd gelten.⁵⁹

Kocka und Gosewinkel plädieren dafür, beide Ansätze zu kombinieren. Demzufolge ist Zivilgesellschaft „ein Bereich des Handelns zwischen Privatsphäre, Wirtschaft und Staat, in dem ein normativer Minimalkonsens existiert, der in Toleranz, Fairness und Gewaltlosigkeit besteht“.⁶⁰ Somit setzt die Interaktion in der Sphäre der Zivilgesellschaft „die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten“ die Akzeptanz des „Rechts- und Verfassungsstaat[s]“ sowie „ein hohes Maß an Partizipation, wenngleich in unterschiedlichen Formen“ voraus.⁶¹ Angesichts dessen ist Ton Nijhuis vollkommen zuzustimmen, wenn er die Zivilgesellschaft als „hybrides Konzept“ beschreibt, da der Begriff immer die beiden von Kocka und Gosewinkel beschriebenen Bedeutungsebenen impliziert.⁶²

Zweifelsohne sind die in dieser Arbeit untersuchten europaföderalistischen Vereine und Verbände Teil der Zivilgesellschaft. Insofern stellt sich auch hier die Frage, wie man mit dem inhärent normativen Gehalt des Themas umgeht. Wie kann man diesen schwierigen Begriff für die geschichtswissenschaftliche Forschung brauchbar machen?

In Anlehnung an Kocka und Gosewinkel erscheint es sinnvoll, das Konzept der Zivilgesellschaft konsequent in dem jeweils historischen Kontext zu betrachten. Demnach wird in dieser Arbeit der Versuch unternommen, durch die historisierende Analyse der Zivilgesellschaft, die Normativität als inhärentes Motiv einschließt, zu einer diskursgeschichtlichen Einordnung des untersuchten Teils der Zivilgesellschaft zu gelangen.⁶³ Dazu muss die Perspektive der Akteure eingenommen werden. Wer agiert im Feld der Zivilgesellschaft? Welche Werte und Normen sind dabei handlungsleitend? Wie sind diese relativ zu ihrer Zeit zu verstehen? Inwiefern haben sie sich gewandelt?

59 Vgl. A. BAUERKÄMPER, *Einleitung: Die Praxis der Zivilgesellschaft*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt/Main u. a. 2003, S. 7–30, hier S. 10 ff. Vor allem in der Politikwissenschaft wird auch der Begriff „Dritter Sektor“ verwendet. Er beschreibt das nicht profitorientierte Agieren von Nichtregierungsorganisationen außerhalb staatlicher Macht und ohne wirtschaftliche Gewinnabsichten. Annette Zimmer weist in diesem Zusammenhang allerdings auf das Fehlen einer allgemein anerkannten Definition hin. Vgl. ZIMMER, *Vereine*, S. 180 ff. Das Problem des Verständnisses der Zivilgesellschaft als machtneutralen „Dritter Sektor“ wird immer wieder kritisiert, zuletzt in einer facettenreichen Studie von R. HILDEBRANDT, *Staat und Zivilgesellschaft*, Frankfurt/Main 2011.

60 D. GOSEWINKEL, *Zivilgesellschaft/EGO*.

61 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Konzept*, S. 11.

62 T. NIJHUIS, *Projekt*, S. 63.

63 D. GOSEWINKEL, *Zivilgesellschaft/Grenzen*, S. 6.

Beachtenswert ist dabei insbesondere, dass die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Engagement, wie bereits erwähnt, in den beiden untersuchten Ländern kurz nach Ende des Krieges unterschiedlicher kaum sein konnten. Zu untersuchen ist, wie sich die unterschiedlichen Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Engagement in den Niederlanden und im besiegten Deutschland auf die Anfänge der Europaföderalistenbewegung auswirkten.

Folgt man Ton Nijhuis kann man von einer „Ko-Evolution“ von Zivilgesellschaft und demokratischem System ausgehen.⁶⁴ Dementsprechend kann die Zivilgesellschaftsforschung auch Aufschluss über die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens geben. Hier richtet sich der Fokus auf das Untersuchungsfeld der „Politischen Kultur“, das auch Friso Wielenga ins Zentrum seiner historischen Forschung rückt.⁶⁵ In Bezug auf die vorliegende Studie ist zu beachten, dass in den Niederlanden und der Bundesrepublik, bedingt durch die geschichtliche Entwicklung, ein unterschiedliches Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft besteht, das zu einem Unterschied in den politischen Kulturen führt.⁶⁶ Bei der Analyse der Interaktion der Akteure der Zivilgesellschaft mit der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit muss dieser Umstand Berücksichtigung finden.

Da der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle für die Ausgestaltung des Gemeinwesens in demokratischen Gesellschaften zugeschrieben wird, ist angesichts der fortschreitenden europäischen Einigung die Frage relevant geworden, ob die Zivilgesellschaft ausschließlich an den Rahmen des Nationalstaates gebunden ist oder ob darüber hinaus auch eine übergeordnete, von nationalstaatlichen Grenzen unabhängige Zivilgesellschaft existiert. Die aktuellen Zivilgesellschaftsforschungen beschäftigten sich in den vergangenen Jahren daher vermehrt mit der Frage: Gibt es eine *europäische* Zivilgesellschaft?⁶⁷

Wie die vorliegende Studie zeigt, war auch die Europaföderalistenbewegung unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch ihre Forderung nach der Schaffung eines europäischen Bundesstaates mit dieser Fragestellung konfrontiert. Die Europaföderalisten traten für die Überwindung des Systems der Nationalstaatlichkeit in Europa ein. Gemäß der Terminologie der Zeit beschäftigten

64 T. NIJHUIS, *Projekt*, S. 62.

65 Vgl. F. WIELENGA, *Politik*. Zur Verwendung des Begriffs der politischen Kultur in dieser Arbeit siehe auch Abschnitt 1.3.

66 Vgl. T. NIJHUIS, *So nah – so fern: Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in den Niederlanden im Vergleich zu Deutschland*, in: J. KOCKA/M. HILDERMEIER/CHR. CONRAD (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/Main u. a. 2000, hier S. 219–244, S. 221 f. Vgl. auch A. BAUER-KÄMPER/CHR. GUMB, *Towards a Transnational Civil Society: Actors and Concepts in Europe from the Late Eighteenth to the Twentieth Century*, WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2010–401, Berlin 2010.

67 Beispielsweise H. KAEUBLE, *Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft?* in: D. GOSEWINKEL (Hrsg.), *Zivilgesellschaft – national und transnational*, Berlin 2004, S. 267–284.

sie sich mit der Existenz eines „europäischen Volkes“ und der daraus abgeleiteten Legitimation für eine übergeordnete Staatlichkeit auf europäischer Ebene.

Durch die Beschäftigung mit diesem Thema bewegt sich die Untersuchung in einem Mehrebenensystem zwischen nationalem zivilgesellschaftlichem Engagement (Europavverbände), den (utopischen) Zukunftsvorstellungen einer europäischen Zivilgesellschaft, die als das Fundament eines demokratisch geeinten Europas angesehen wird, und der Realität eines geteilten Europas, in dem die machtpolitischen Ansprüche der bipolaren Weltordnung dominieren. Das bereits beschriebene Spannungsverhältnis zwischen „herrschaftsfreier Kommunikation und wechselseitiger Machtausübung“ ist also auch hier anzutreffen.⁶⁸

Dabei ist die Überlegung berechtigt, ob der Begriff der Zivilgesellschaft, der für den Bezugsrahmen des Nationalstaates definiert ist, auf einer transnationalen Ebene angewendet werden kann.⁶⁹ Weitgehende Einigkeit gibt es in der Literatur darüber, dass nach dem Ende des Krieges zunächst keine breite Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene bestand. Dies gilt sowohl für die nicht vorhandene Existenz von grenzüberschreitenden Nichtregierungsorganisationen sowie für das mehrheitlich nicht vorhandene bzw. das nicht stark ausgeprägte europäische Bewusstsein bei den möglichen Akteuren einer transnationalen Öffentlichkeit. Als Ausgangspunkt muss also zwangsläufig der nach dem Krieg rekonstruierte nationalstaatliche Rahmen dienen, in diesem Fall der niederländische und der im Entstehen begriffene westdeutsche Teilstaat. Seit Ende der Vierzigerjahre kam, wie bereits erwähnt, die Spaltung Europas in zwei unterschiedliche weltanschauliche Machtblöcke hinzu. Die Zugehörigkeit der Niederlande und der neugegründeten Bundesrepublik zum westlichen Bündnissystem mit den USA als machstrategischem Sicherheitsgaranten und als gesellschaftspolitischem Vorbild muss unter dem Gesichtspunkt möglicher Auswirkungen auf das zivilgesellschaftliche Zusammenleben berücksichtigt werden.⁷⁰

Im Anschluss an die Auffassung Kaelbles wird für diese Arbeit angenommen, dass die europäische Integration eng mit der Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft verbunden war. Ebenso wie die politische Einigung verlief dieser Prozess jedoch nicht konstant und linear, vielmehr gab es verschiedene Konjunk-

68 TH. FEITZER, *Zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa nach 1945: Katalysatoren für die Herausbildung transnationaler Identitäten?* in: H. KAEUBLE/M. KIRSCH/A. SCHMIDT-GERING (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 2002, hier S. 355–392, S. 358.

69 H. KAEUBLE, *Zivilgesellschaft*, S. 268.

70 Vgl. u. a. K. JARAUSCH, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, Bonn 2004; E. WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn 2007; D. SIEGFRIED/A. SCHILDT, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik 1945 bis zur Gegenwart*, Bonn 2009; T. JUDT, *Geschichte*; F. WIELENGA, *Politik*; H. A. WINKLER, *Weg*.

turen der Entwicklung.⁷¹ Verstärkt seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1958 und auch schon vorher im Rahmen der Montanunion erlangten vor allem die Wirtschaftsverbände ein hohes Maß an Institutionalisierung auf europäischer Ebene. Charakteristisch war deren „geräuschlose Lobbytätigkeit“, die „kaum Impulse für massenmedial öffentlichkeitswirksame Aktivitäten“ lieferten.⁷² Die „langen Sechzigerjahre“ mit ihren gesellschaftspolitischen und beteiligungsfördernden Umbrüchen trugen auch zu einer Expansion der europäischen Zivilgesellschaft bei. Es entstand eine Vielzahl von Interessenvertretungen auf europäischer Ebene, die sich unterschiedlich in den politischen Bereich einbrachten wie beispielsweise der Europäische Gewerkschaftsbund oder europäische Sportverbände.⁷³ Aus den neuen sozialen Bewegungen heraus institutionalisierten sich in den Siebzigerjahren weitere Interessensgemeinschaften, die vermehrt auch auf europäischer Ebene aktiv wurden. Zu nennen sind hier vor allem die Friedens- und die Umweltbewegung, die aufgrund ihrer thematischen Fokussierung eher einen globalen Anspruch hatten, weil sich Krieg und Umweltzerstörung nicht an (europäischen) Grenzen aufhalten lassen. Zu beobachten ist aber auch hier ein verstärktes Engagement auf europäischer Ebene.⁷⁴

Deutlich wird, dass die eigentliche intensive Phase der Herausbildung der europäischen Zivilgesellschaft außerhalb des Untersuchungsrahmens dieser Arbeit liegt. Die Hochphase der Europäischen Bewegung zum Ende der Vierziger- und Beginn der Fünfzigerjahre fällt also in eine Zeit, als die europäische Zivilgesellschaft noch nicht ausgeprägt war. Wie passt nun das Phänomen der Europäischen Bewegung in dieses Bild? Können die Europaföderalisten, so wie sie sich selbst beschreiben, als Avantgarde der Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft eingeordnet werden?

Nijhuis verweist auf den Zusammenhang zwischen dem Entstehen einer europäischen Zivilgesellschaft und „der Frage nach der Realisierbarkeit einer europäischen politischen Gemeinschaft“.⁷⁵ Aufgrund dessen scheint es sinnvoll zu untersuchen, ob die Versuche zur Schaffung einer *politischen* Gemeinschaft intensive Auswirkungen auf die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen wie die

71 Laut Kaelble ist dieses Phänomen allerdings bisher „nur in groben Zügen“ erforscht H. KAEUBLE, *Zivilgesellschaft*, S. 274.

72 TH. FETZER, *Organisationen*, S. 378.

73 H. KAEUBLE, *Zivilgesellschaft*, S. 276.

74 Der Historiker Joachim Radkau bezeichnet das Aufkommen der Umweltbewegung der Siebzigerjahre als eine „ökologische Revolution“ und verweist gleichzeitig darauf, dass bereits um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert Umweltbewegungen festzustellen sind, die eng mit den Reformideen der Zeit verbunden waren, vgl. J. RADKAU, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 55 ff. und 124 ff. Aus der Vielzahl der Beispiele für transnationale Organisationen im Bereich der Umwelt- und Friedensarbeit sind stellvertretend die heute hochprofessionell arbeitenden NGOs Greenpeace (gegründet 1971) und Amnesty International (gegründet 1961) zu nennen.

75 T. NIJHUIS, *Projekt*, S. 62.

Europaföderalisten gehabt haben und inwiefern die Europaföderalisten auf den Prozess Einfluss nehmen konnten. Für den Untersuchungszeitraum zu nennen sind hier vor allem die Entstehung des Europarates und die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), auf deren zeitliche Einordnung im Rahmen der Periodisierung noch detaillierter eingegangen wird.⁷⁶

Auch die Frage nach der Existenz bzw. dem Entstehen einer politischen Öffentlichkeit auf europäischer Ebene ist eng verbunden mit dem Gegenstand der Untersuchung. Welche Kommunikationsprozesse können beobachtet werden und trugen diese zu einer Herausbildung einer kollektiven europäischen Identität bei? Die vorliegende Arbeit geht somit der Frage nach, inwiefern die Europabewegung die Entstehung der europäischen Öffentlichkeit und Identität beeinflusst hat und liefert damit einen Beitrag zur Erforschung von transnationalen Öffentlichkeiten.

Insgesamt kann man sich der Einschätzung des Historikers Thomas Fetzer anschließen, der das Konzept der Zivilgesellschaft als eine „fruchtbare theoretische Perspektive für die Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auf europäischer Ebene“ bewertet.⁷⁷ Indem nach transnationalen Öffentlichkeiten, Identitäten und Formen der Zusammenarbeit gefragt wird, kann die rein organisationsgeschichtliche Betrachtungsweise sinnvoll erweitert werden.

Zu beachten ist, dass sich die Europaverbände sowohl in ihren jeweiligen nationalen Umfeldern als auch auf der sich herausbildenden europäischen Ebene bewegten. Die vorliegende quellenbasierte Arbeit rekonstruiert chronologisch die Geschichte der Europaföderalistenbewegung. Dabei wurde anhand der Auswertung des vorliegenden Archivmaterials deutlich, dass für die Einordnung als zivilgesellschaftliche Vereinigungen die folgenden sechs Untersuchungsaspekte der Zivilgesellschaft beachtenswert sind und sowohl auf die nationale als auch auf die europäische Ebene angewandt werden können.

Erstens ist die Frage nach der Organisationsform interessant. Daher wird in Entsprechung der bereichslogischen Definition von Zivilgesellschaft, die Organisationsform der Vereinigungen innerhalb der Europaföderalistenbewegung in ihrer Entwicklung reflektiert. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich Zivilgesellschaft über den Zusammenschluss von Individuen auf den verschiedenen lokalen, nationalen und transnationalen Ebenen konstituiert. Dies bezieht sich aber nicht nur auf eine isolierte Organisationsgeschichte: Wie in fast allen Definitionen zivilgesellschaftlicher Organisationen erwähnt wird, ist die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses ein entscheidendes Kriterium.⁷⁸ Insofern spielt der Entschluss einzelner Personen, innerhalb der Europaföderalistenbewegung zu partizipieren und diese mitzugestalten eine wichtige Rolle. Zudem wird angenommen,

76 Vgl. Abschnitt 1.4. in diesem Kapitel.

77 TH. FETZER, *Organisationen*, S. 385.

78 Vgl. bspw. CHR. FRANTZ, *Einleitung*, S. 10 und P. DEKKER, *Europäische Zivilgesellschaften. Muster und gemeinsame Perspektiven*, in: CHR. FRANTZ/H. KOLB (Hrsg.), *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*, Münster u. a. 2009, S. 103–121, hier S. 106.

dass durch die Analyse der selbstgewählten Ausgestaltung der Organisation eine Aussage über die politische Kultur und die spezifische Besonderheit der zivilgesellschaftlichen Vereinigung getroffen werden kann. Die gesellschaftliche Selbstorganisation erfordert laut Kocka entsprechende Ressourcen wie Vertrauen und Kommunikationsfähigkeit.⁷⁹ Daher scheinen vor allem konflikthafte Situationen im Rahmen des Ausgestaltungsprozesses, in denen Vertrauen verletzt wird und Missverständnisse auftreten, ein lohnenswertes Untersuchungsfeld darzustellen.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen wird häufig die Funktion kollektiver Identitätsbildung zugeschrieben.⁸⁰ Als zweiter Untersuchungsaspekt ist hier die Frage interessant, ob sich innerhalb der Europaföderalistenbewegung eine spezifisch europäische Identität herausbildete.

Da die Europaföderalisten den Anspruch hatten, eine basisdemokratische Bewegung aufzubauen ist drittens das Moment der In- und Exklusion für die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen entscheidend. Kocka und Gosewinkel verweisen auf die Ambivalenz von Exklusion und Inklusion von zivilgesellschaftlichen Gruppen. „Viel spricht für die Annahme, dass der Zugewinn an zivilgesellschaftlicher Inklusion oft um den Preis realer Exklusion erfolgte.“⁸¹ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, ob diese Beobachtung auch auf die Europaföderalisten zutrifft. Gemäß ihrem Selbstverständnis agierten sie basisdemokratisch und somit inklusiv. Zu überprüfen ist, ob dies auch für die Ausgestaltung der praktischen Verbandsarbeit galt. Sind dabei auch gleichzeitig exklusive Tendenzen im Sinne von Elitenbildung festzustellen, die möglicherweise in einer Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit begründet sind?

Viertens ist das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und realpolitischer Machtpolitik relevant.⁸² Durch ihren Einsatz für die (politische) Einigung Europas agierten die Europaföderalisten im Bereich der nationalen Außenpolitik. Die Europaföderalisten legten großen Wert darauf, ihre parteipolitische Unabhängigkeit zu bewahren und als überparteiliche Massenorganisation aufzutreten. Dennoch mussten sie sich im Machtgefüge der Realpolitik positionieren. Die Frage nach den tatsächlichen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen, also den Einflussmöglichkeiten der Europaföderalisten auf die konkreten Entscheidungen hinsichtlich der europäischen Einigung ist hier beachtenswert. Zu untersuchen ist dabei, inwiefern die Europaföderalisten mit anderen politischen Akteuren vernetzt waren und wie sie hier agierten.

Die Europaföderalisten wollten den gesellschaftspolitischen Diskurs über die europäische Einigung prägen. Hier ist fünftens das Auftreten der Europaföderalisten als zivilgesellschaftliche Organisation in der (medialen) Öffentlichkeit von Interesse. Können die Europaföderalisten als Teil der deliberativen Öffentlichkeit

79 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Problem*, S. 26.

80 Vgl. TH. FETZER, *Organisationen*, S 358.

81 D. GOSEWINKEL, *Zivilgesellschaft/Grenzen*, S. 21.

82 Zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und realpolitischer Machtpolitik vgl. die Studie R. HILDEBRANDT, *Staat*.

im Sinne des diskurstheoretischen Ansatz von Habermas eingestuft werden, indem sie als bürgernahe Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die Bedürfnisse der Bürger antizipierten und eine aktive Rolle im Ausgestaltungsprozess des Gemeinwesens einnahmen?⁸³

Die Antriebskraft für das Handeln der Europaföderalisten war ihr Wunsch nach der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, also der Verwirklichung einer Utopie. Dies wird als entscheidende konstituierende Komponente im Selbstverständnis der Europaföderalisten eingestuft. Welche Rolle spielt sechstens das Streben nach der Verwirklichung einer Utopie, durch die (sofortige) Schaffung der Vereinten Staaten von Europa inmitten der Verwüstung des Krieges? Wie wirkte sich das normativ konnotierte Streben nach einer Verbesserung der gesellschaftlichen Realität auf die Europaföderalisten aus? Die Politikwissenschaftlerin Annette Zimmer beschreibt dieses Phänomen als „Spannungsfeld zwischen Erwartungshorizont und Status quo“ was hier eine vielversprechende Untersuchungskategorie darstellt.⁸⁴

1.3 Transferanalyse in zivilgesellschaftlichen Netzwerken – Methode

Die Operationalisierung des Konzepts der europäischen Zivilgesellschaft soll für die vorliegende Arbeit durch die Einführung und Verwendung des Netzwerkbegriffs erfolgen. In Anlehnung an die zuvor angestellten Überlegungen zur Zivilgesellschaft ermöglicht die Untersuchung der Europaföderalistenbewegung als ein mehrere Ebenen umspannendes Netzwerk sowohl die Bearbeitung der detaillierten Organisationsgeschichte als auch die Einordnung der übergeordneten Rolle der Europaverbände in die (europäische) Zivilgesellschaft.

Die Entwicklung eines Netzes europäischer Nichtregierungsorganisationen wird folglich als ein Mehrebenensystem verstanden, bei dem es vielversprechend erscheint, unterschiedliche Beziehungsstrukturen zu analysieren. Netzwerke werden hier der Definition des Historikers Matthias Schulz folgend verstanden als „informelle oder formelle jedenfalls aber verdichtete Kommunikationsverbindungen autonomer, in der Regel durch gemeinsame Werte oder Interessen verbundene Teilnehmer“.⁸⁵

83 Vgl. J. GERHARDS, *Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien*, in: H. KÄLBLE/M. KIRSCH/A. SCHMIDT-GERNIG (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 2002, S. 135–159, hier S. 138; J. HABERMAS, *Strukturwandel*, S. 451; F. ADLOFF, *Zivilgesellschaft*, S. 79.

84 A. ZIMMER, *Vereine*, S. 205. Zum Thema Zivilgesellschaft und Utopie vgl. J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Problem*, S. 31 f.

85 M. SCHULZ: *Netzwerke*. Zum Netzwerkbegriff siehe auch J. OSTERHAMMEL/N. PETERSON, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München

Dieter Rucht hält die Beobachtung fest, bis in die Siebzigerjahre seien „relativ festgefügte, verbandsförmige Organisationen“ für die nationale und transnationale Mobilisierung verantwortlich gewesen.⁸⁶ Erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hätten sich Strukturen entwickelt, die flexible Arbeitszusammenhänge in Form von lockeren Assoziationen oder Netzwerken ermöglichten. Für die vorliegende Arbeit soll die These aufgestellt werden, die Europaföderalisten haben, zusätzlich zum Aufbau von festen verbandsförmigen nationalen und transnationalen Strukturen, schon seit dem Ende der Vierzigerjahre flexible, netzwerkartige Zusammenschlüsse geschaffen, die sowohl in der personellen Zusammensetzung als auch in ihrer zeitlichen Dimension anpassungsfähig und einem permanenten Aushandlungsprozess ausgesetzt waren. Gleichzeitig wurden so die jeweils nationalen Besonderheiten in der Verbandsarbeit ausgelebt und auf der transnationalen Ebene die Zusammenarbeit flexibel gestaltet.

Durch die Analyse der Europaföderalistenbewegung am Beispiel der niederländischen und der westdeutschen Europaföderalistenverbände sowie deren Tätigkeit im Dachverband auf europäischer Ebene ergibt sich ein transnationales Untersuchungsfeld. Zusätzlich zur Darstellung der Organisationsgeschichte, bei der sich die Methode des Vergleichs anbietet, ist weiterhin relevant, nach der gegenseitigen Beeinflussung der untersuchten Akteure und Institutionen zu fragen.⁸⁷ Wie genau fand eine gegenseitige Beeinflussung statt? Wie intensiv war der Austausch von Ideen, beispielsweise in programmatischer Hinsicht? Gab es gegenseitige Ratschläge für den Aufbau der Organisation? War das Verhältnis der Akteure dabei gleichberechtigt oder gab es Einseitigkeiten? Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Tatsache interessant, dass die Europaverbände unmittelbar nach dem Krieg anfangen zusammenzuarbeiten. Wie waren die Motive auf beiden Seiten für die Zusammenarbeit? Gab es Konflikte oder ungewöhnliche Allianzen? Untersucht wird also der Transfer im gesellschaftspolitischen Europaengagement in einem transnationalen Untersuchungsfeld unter Berücksichtigung der jeweiligen oder der gemeinsamen politischen Kultur.

Als Forschungsperspektive war die Kombination von Vergleich und Transferanalyse lange nicht unumstritten. Zunächst hatte sich die vergleichende Methode weitestgehend etabliert, trotz der berechtigten Kritik an deren häufig zu sehr schematisierenden Auswirkung auf die Vergleichsgegenstände. Gerade bei der Erforschung der europäischen Einigung muss jedoch zwangsläufig der nationalstaatliche Rahmen verlassen werden. Daher wurde vermehrt der Ansatz verfolgt, über den Vergleich von zwei in sich abgeschlossenen Systemen hinaus, auch die

2003 und J. OSTERHAMMEL, *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaates. Studien zur Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*, Göttingen 2001.

86 D. RUCHT, *Zivilgesellschaftliche Akteure und transnationale Politik*, in: A. BAUERKÄMPFER (Hrsg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt/Main u. a. 2003, S. 371–390, hier S. 380 f.

87 Vgl. TH. FETZER, *Organisationen*, S. 387.

transnationale Verflechtungs- oder Beziehungsgeschichte zu erforschen.⁸⁸ Der Netzwerkbegriff könnte dabei laut Schulz „zu einem Schlüsselbegriff für eine transnationale Geschichte avancieren“.⁸⁹ Nach der sehr weitgefassten Definition von Wolfram Kaiser erforscht die transnationale Geschichte Beziehungen „über Grenzen hinweg in allen ihren Dimensionen“.⁹⁰ Konkreter geht sie „den

88 J. KOCKA, *Zivilgesellschaft/Problem*, S. 29. Die laut Hartmut Kaelble „lebhaft und lehrreiche Debatte“ über Vergleich und Transfer kann als Teil einer transnationalen Umorientierung der Geschichtswissenschaft verstanden werden. H. KÄELBLE, *Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?*, in: *H-Soz-u-Kult*, 2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=574&type=artikel>, zuletzt abgerufen am 19.07.2014. Sie zeigt nach dem Historiker Matthias Middell das Interesse an dem Phänomen der Konnektivität angesichts der Globalisierung auf. Vgl. M. MIDDELL, *Historische Komparatistik und Kulturtransferforschung. Vom bilateralen Beispiel zu Beiträgen für eine globale Geschichte*, in: *Eurostudia – Transatlantische Zeitschrift für Europaforchung* 4 (2008) Nr. 2, S. 1–11, hier S. 4. Der Historiker Philipp Gassert stellt eine „Entgrenzung historischer Gegenstände seit dem Ende des Kalten Krieges“ fest. Damit einher ginge ein „gewandeltes Verständnis der Nation und der Nationalstaaten, deren Struktur sich seit einiger Zeit rasant verändert, ohne dass sie obsolet würden“. PH. GASSERT, *Transnationale Geschichte, Version: 2.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2012, http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert, zuletzt abgerufen am 19.07.2014. Der teils heftig geführte Streit um die Zulässigkeit des gleichzeitigen Ansatzes von Vergleichs- und Transfermethoden wurde pragmatisch und in der empirischen Praxis entschieden, da die Transferforschung nicht ohne die Methode des Vergleichs sinnvoll durchführbar ist. Middell bezeichnet die Kombinierbarkeit von Vergleich und Transfer „für eine jüngere Generation von Forschern längst [als] so etwas wie abgesunkenes Kulturgut, dessen man sich mit einer gewissen Selbstverständlichkeit bedient“. MIDDELL, *Komparatistik*, S. 7.

89 M. SCHULZ: *Netzwerke*.

90 W. KAISER, *Transnationale Weltgeschichte im Zeichen der Globalisierung*, in: E. CONZE/U. LAPPENKÜPER/G. MÜLLER (Hrsg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004, S. 65–92, hier S. 65. Es existieren zahlreiche unterschiedliche Ansätze, die sich weitestgehend mit dem historischen Transfer beschäftigen. „Eine systematische Zusammenführung der Überlegungen zur Transferforschung und insbesondere zur *histoire croisée* und der Kolonialgeschichtsschreibung“ ist laut der Historikerin Magrit Pernau die einen sehr lesenswerten Überblick über die Entwicklung dieser Wissenschaftstradition geschrieben hat, „erst in allerersten Ansätzen erfolgt [und] bleibt ein wichtiges Desiderat“. M. PERNAU, *Transnationale Geschichte*, Göttingen 2011, S. 56. Siehe dazu auch: M. WERNER/B. ZIMMERMANN, *Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 607–636. Vgl. auch P. VAN DAM, *Vervlochten geschiedenis. Hoe *histoire croisée* de natiestaat bedwingt*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 125 (2012), I, S. 106–108. In diesem Zusammenhang ist außerdem das Konzept der „entangled history“ zu beachten, welches den Transfer zwischen kolonisierenden und kolonisierten Gesellschaften insbesondere im Hinblick auf den bisher wenig beachteten Transfer aus den Kolonien in das Land der Kolonialherrscher untersucht und somit

unterschiedlichen Graden der Interaktion, Verbindung, Zirkulation, Überschneidung und Verflechtung nach [...], die über den Nationalstaat hinausreichen“.⁹¹ So beschrieben kann man dem Urteil des Historikers Klaus Kiran Patel uneingeschränkt folgen, nachdem sich „in der europäischen Geschichte viele transnationale Phänomene“ finden, die „zu einer vertiefenden Analyse“ derselben beitragen.⁹² Festzuhalten ist, dass die historische Transferforschung zwangsläufig den Rahmen des Nationalstaates verlässt und sich dabei auf vielschichtige Interaktionsprozesse fokussiert, indem sie, nach der Historikerin Magrit Pernau, niemals nur aus der Makroperspektive erzählt, sondern sich expliziert bemüht, die Bezüge und Ebenen zu wechseln.⁹³ In dieser Arbeit befindet sich das transnationale Untersuchungsfeld auf einer realpolitisch und zivilgesellschaftlich im Entstehen begriffenen europäischen Beziehungsebene. Die untersuchten Interaktionsprozesse und strukturellen Verbindungen der Europaföderalisten betreffen, im Sinne von Jürgen Osterhammel, der seit Langem für eine geografische wie sektorale Öffnung der Transfergeschichte plädiert, nicht nur kulturelle, sondern auch politische und im geringeren Maße auch wirtschaftliche Themen.⁹⁴

Nijhuis schlägt vor, das „Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen“ zu untersuchen, um „einen Einblick in die politische Kultur eines Landes“ zu erhalten.⁹⁵ In der vorliegenden Arbeit ist der Bereich, mit dem die Europaföderalisten am stärksten in Verbindung treten, der der Außenpolitik. Grund hierfür ist, dass in den Vierziger- und Fünfzigerjahren das Thema Europa noch ausschließlich der Außenpolitik zugeordnet war. Die Europaföderalisten agierten also in einem Feld der Realpolitik, dem traditionell ein hoher Stellenwert zugeschrieben und der in der Regel vor allem durch die Regierung und nicht durch andere gesellschaftspolitische Akteure, wie beispielsweise Gewerkschaften oder Kirchen, ausgestaltet wurde. Wie positionierten sich die

die eurozentristische Perspektive verlässt. Vgl. S. CONRAD/SH. RANDERIA/R. RÖMHILD (Hrsg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/Main/New York 2013².

91 K. K. PATEL, *Transnationale Geschichte – Ein neues Paradigma?*, in: *H-Soz-u-Kult* 2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=573&type=artikel>, zuletzt abgerufen am 19. Juli 2014.

92 K. K. PATEL, *Transnationale Geschichte*, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hrsg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010, <http://ieg-ego.eu/de/threads/theorien-und-methoden/transnationale-geschichte>, zuletzt abgerufen am 19.07.2014.

93 Vgl. M. PERNAU, *Geschichte*, S. 52.

94 Osterhammel beschreibt Situationen von „Kulturbegegnungen“ in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, insbesondere auch in Bezug auf den Transfer zwischen Europa und außereuropäischen Gesellschaften. Vgl. J. OSTERHAMMEL, *Transferanalyse und Vergleich im Fernverhältnis*, in: H. KAELBLE/J. SCHRIEWER (Hrsg.), *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/Main 2003, S. 439–468, hier S. 445.

95 T. NIJHUIS, *Projekt*, S. 62.

Europaföderalisten in diesem Handlungsfeld? Wie versuchten sie, die Europa- und damit die jeweilige Außenpolitik zu beeinflussen? Die Analyse der Interaktion der zivilgesellschaftlichen Europaaktivisten und den mit der Außen- bzw. Europapolitik betrauten Politikern liefert dabei einen Beitrag zur Erforschung der politischen Kultur(en) im ersten Nachkriegsjahrzehnt.

Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben geht diese Arbeit auch von einem handlungslogischen Konzept der Zivilgesellschaft aus. Im Bereich der Europapolitik bleibt der Staat als Akteur dabei präsent. Aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Europavverbände verschiebt sich allerdings der Fokus stärker auf gesellschaftspolitische Lebensentwürfe und die daraus abgeleiteten, teilweise utopischen, programmatischen Forderungen. Ab 1950 kommt eine weitere Komponente hinzu: Die ersten realisierten Schritte der europäischen Integration zwingen die Europaföderalisten immer wieder dazu, ihr Konzept an die Realpolitik anzupassen. Daher können die Europaföderalisten nicht isoliert betrachtet werden. Ihre Handlungsweisen werden in den jeweiligen zeitlichen Kontext eingebettet. Die erforderlichen Anpassungen an die Realpolitik geschehen nicht ohne Reibungsverluste und heftige Debatten. Gerade hier zeigt sich der Aushandlungsprozess, der innerhalb der Zivilgesellschaft stattfand und im Sinne der politischen Kultur als ein Gradmesser für gesellschaftliche Wandlungsprozesse angesehen werden kann.⁹⁶

In seinen eng mit der Zivilgesellschaftsforschung verbundenen Überlegungen zur politischen Kultur verweist Kocka darauf, dass vor allem „Mobilisierung, Partizipation und die Überwindung autoritärer Strukturen“ in den Sechziger- und Siebzigerjahren die „Grundlagen für zivilgesellschaftliches Handeln“ in der Demokratie schufen.⁹⁷ Begreift man die Europaföderalistenbewegung, wie bereits erwähnt, als ein frühes Beispiel transnationaler sozialer Bewegungen, könnte sie hier wirklich die Rolle der Avantgarde erfüllen, die sie sich selbst zugeschrieben hat, allerdings in einem etwas anderen Sinn. Ob diese These zutrifft, soll in den unterschiedlichen untersuchten Zeitabschnitten durch eine quellenbasierte Transferanalyse überprüft werden.

96 Vgl. J. KOCKA/J. SCHMIDT: *Politische Kultur aus historischer Perspektive*, in: D. GOSEWINKEL/G. F. SCHUPPERT (Hrsg.), *Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit*, Berlin 2007, S. 41–64, hier S. 41. Kocka und Schmidt plädieren dafür, das „Politische“ in die Analyse langfristiger gesellschaftlicher Prozesse und Wandlungen zu integrieren. Den Begriff der political culture wurde für die Politikwissenschaft erstmals in den Fünfzigerjahren in einer empirischen Vergleichsstudie zu demokratischen Systemen in unterschiedlichen Ländern von den US-amerikanischen Forschern Gabriel Almond und Sidney Verba eingeführt. Vgl. S. VERBA/G. A. ALMOND, *The civic culture: political attitudes and democracy in five nations*, Princeton 1963.

97 J. KOCKA/J. SCHMIDT, *Kultur*, S. 53.

1.4 Avantgarde für Europa – Forschungsstand, Fragestellung und Periodisierung

In diesem Abschnitt wird der Forschungsstand zur Europaföderalistenbewegung dargestellt. Anschließend werden die bisher aufgeworfenen Fragen systematisch zur Fragestellung der Arbeit zusammengefügt und anhand der Periodisierung der Aufbau der Arbeit erläutert.

In den Abschnitten zum historischen Kontext des europäischen Einigungsprozesses (1.1) sowie zur Einführung in die Zivilgesellschaftsforschung (1.2) wurde die aktuelle Forschungsliteratur bereits ausführlich ausgewertet und der Forschungsstand zu den relevanten Themenfeldern dieser Studie dargestellt. Hier soll nun in komprimierter Form ein Überblick über die vorhandenen Vorarbeiten zur Erforschung der Europaföderalistenbewegung in den Niederlanden und in Deutschland gegeben werden. Da für diesen konkreten Untersuchungsgegenstand der Arbeit große Forschungslücken existieren, besteht die Arbeit in weiten Teilen aus eigenen Quellenauswertungen. Daher wird auch das ausgewertete Archivmaterial an dieser Stelle vorgestellt.

Bei den Vorarbeiten sind insbesondere die Arbeiten des Historikers Walter Lipgens zu nennen. Ausgehend von den Europaföderationsplänen im Widerstand hat Lipgens in der Nachkriegszeit einen umfangreichen Quellenbestand zur Europabewegung zusammengetragen. Teilweise gemeinsam mit seinen Mitarbeitern legte er mehrere sehr gut strukturierte Quelleneditionen vor.⁹⁸ Es ist eindeutig Lipgens Verdienst, dass die Europabewegung in der historischen Forschung Berücksichtigung fand. Als Professor für Neuere Geschichte der Universität des Saarlandes fokussierte Lipgens seine Arbeit seit Mitte der Sechzigerjahre auf die Aufarbeitung der Geschichte der Europabewegung in allen europäischen Staaten. Sein Schwerpunkt lag dabei auf der Erforschung der Europaföderalistenbewegung. Lipgens war außerdem der erste deutsche Historiker, der am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz arbeitete. Er gilt als „Pionier der Erforschung der europäischen Einigungsbewegung“.⁹⁹ Die Auswertung des durch ihn zusammen-

98 Siehe v. a. die folgenden von Walter Lipgens und seinen Mitarbeitern vorgelegten Quelleneditionen und Auswertungen: W. LIPGENS/W. LOTH (Hrsg.), *Documents on the History of European Integration*, Band 1–4, Berlin/New York 1985–1991; W. LIPGENS (Hrsg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945*, München 1968; W. LIPGENS (Hrsg.), *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Verlagsentwurf des Europäischen Parlaments*, Bonn 1986.

99 W. MÜLLER, *Neuer Historiker-Nachlass im Archiv der Universität des Saarlandes*, in: *Unsere Archive. Mitteilungen aus rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven*, 2011, S. 53–54, http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Info/Universitaet/geschichte/dr_wolfgang_mueller/historiker-nachlass.pdf, zuletzt abgerufen am 16.08.2014.

getragenen Materials konnte er allerdings nur in Anfängen vornehmen. Sein Werk blieb unvollendet, Lipgens (geb. 1925) starb 1984 im Alter von 59 Jahren.

Die durch Lipgens vorgenommene Interpretation des Quellenmaterials muss als teilweise verzerrend bewertet werden, da Lipgens den Einfluss der Europaföderalistenbewegung stark überbewertete. Zu kritisieren ist, dass Lipgens die behandelten Akteure und ihre Ideen nur unzureichend in den historischen Kontext einordnete, was insgesamt zu einer verzerrten Darstellung der Europäischen Bewegung beigetragen hat.

Der Historiker Wilfried Loth (geb. 1948) war als Mitarbeiter Lipgens an der Universität des Saarlandes an den Editionsprojekten beteiligt. In seinen Werken über die europäische Einigung vertrat er aber, im Gegensatz zu Lipgens, eine distanziertere Haltung gegenüber der Europaföderalistenbewegung.¹⁰⁰ Eine entschiedene Gegenposition zu Lipgens nahm der Historiker Alan Milward ein, der von einer intergouvernementalistischen Position aus den Automatismus kritisierte, den Lipgens, ebenso wie die Europaföderalisten, für die Vollendung der europäischen Einigung annahm. Außerdem habe Lipgens den Einfluss der Europaföderalisten maßlos überschätzt. Dabei habe er aber in Wirklichkeit „nur die Chronik einer randständigen politischen Gruppierung“ geschrieben.¹⁰¹

Das durch Lipgens zusammengetragene Quellenmaterial, das die Jahre von 1940 bis 1950 umfasst, wurde unter anderem in der voluminösen vierbändigen Edition „Documents on the History of European Integration“ sowie in mehreren Bänden über die Zeit des Widerstands veröffentlicht.¹⁰² Die Quellenedition wurde in dieser Studie teilweise ergänzend für die Anfangszeit der Europaverbände herangezogen. Außerdem lieferte sie Dokumente über die Europagruppen, die mit den Europaföderalisten interagierten, wie beispielsweise das United Europe Movement (UEM) zur Zeit des Europakongresses 1948. Der Rückgriff in dieser Arbeit auf zum Teil edierte Quellen rechtfertigt sich auch aus der Tatsache, dass Lipgens Auswertung des Materials bereits im Jahr 1947 endet und damit nur die ersten Jahre des Untersuchungszeitraumes umfasst.¹⁰³ Ein bewusster und behutsamer Umgang mit Lipgens Ergebnissen ist erforderlich. Ähnlich wie es die durch ihn untersuchten Akteure selbst taten, überhöhte Lipgens den Einfluss der Europaföderalisten sowohl auf die gesamte Europäische Bewegung als auch auf die realpolitischen Entscheidungsprozesse.¹⁰⁴ Es wird versucht, anhand der eigenen

100 Vgl. v. a. LOTH, *Weg und Loth, Einigung*.

101 A. S. MILWARD, *The European Rescue of the Nation State*, London 1992, S. 17.

102 W. LIPGENS, *Documents*, Band 1–4, weitere siehe Fußnote 13.

103 Vgl. die detaillierte, teilweise kleinteilige Monografie W. LIPGENS, *Anfänge*, Teil I (1945–1947).

104 Möglicherweise ist dieses Bild entstanden, weil die von Lipgens auf zwei Bände angelegte Auswertung und Interpretation nicht fertiggestellt worden ist. Auch mag die eigene europaföderalistische Begeisterung Lipgens bei der Überhöhung des Einflusses der Europaföderalistenbewegung eine Rolle gespielt haben. Vgl. dazu den sehr kritischen Artikel H. E. E. Vos, *Denkbeelden van het Nederlandse verzet tijdens de*